Mittwoch, 4. Mai 1932
Nr. 105. Jahrg. 1932

Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS.

A 1

Regierungskrise?

I. G. Farben-Wirtschaftsminister Warmbold zurückgetreten — Kombinierter Angriff der Generalskamarilla, der Nazis und der Monopolkapitalisten — Ein Kompromiss? Fort mit Brüning — her mit der Arbeiterregierung!

Gestern wurde noch die Rücktrittsabsicht des Wirtschaftministers Warmbold dementiert. Heute wird sie amtlich zugegeben. Heute dementiert man nur noch, daß das ganze Kabinett Brüning wankt. Man beeilt sich, zu erklären, daß Warmbolds Nachfolger — genannt werden der Staatssekretär Trendelenburg und der „Preisabbau"-kommissar a. D. Goerdeler (!) — sofort ernannt werden wird. Dem kombinierten Angriff der Generalskamarilla, der Monopolkapitalisten und der Nationalsozialisten wird das Kabinett aber nur noch auf kurze Zeit standhalten. Kompromisse, Konzessionen an die angreifenden Cliquen stehen bevor.

Die SA soll wieder erlaubt werden!

Die angekündigte allgemeine Arbeitszeitverkürzung wird nicht verordnet werden!

Damit wäre aber die Regierungskrise nur auf kurze Zeit vertagt!

Das kleinere Uebel des Brüning-Kabinetts erweist sich neuerdings als Schrittmacher für den Faschismus. Es gibt nur einen Ausweg aus der Krise: den Sturz der Diktaturregierung, den Block aller Arbeiterorganisationen mit einem antifaschistischen Kampfprogramm und die Aufnahme des Kampfes um eine Arbeiterregierung!

*

Die Vorgänge in der Reichsregierung sind in hohem Grade alarmierend für die Arbeiterklasse. Nicht etwa weil sie ein Interesse am Fortbestand der Diktaturregierung, der Notverordnungen und der legalen Vorbereitung des Faschismus hätte, sondern weil es sich aufs neue erweist, daß die verhängnisvolle Tolerierungspolitik keine Barriere gegen den vorwärtsdrängenden Faschismus aufrichten kann, weil sich aufs neue erweist, daß das Brüning-Kabinette auch heute nur das Werkzeug der hinter ihm stehenden Monopolkapitalisten und ihrer Bürokratencliquen, vor allem der Generalskamarilla im Staatsapparat ist. Heute mehr denn je!

Ein kombinierter Angriff der Nationalsozialisten, der Generalskamarilla und der Monopolkapitalisten ist jetzt auf Brüning erfolgt, weil nach den letzten Wahlen die Lage gekommen scheint, das System Brüning durch eine offene Militärdiktatur oder eine Faschistenregierung abzulösen!

Die Generalskamarilla hat den Angriff gegen Groener gerichtet, weil sein SA-Verbot, das in Wirklichkeit nur die Vorbereitung der allgemeinen Militarisierung der werktätigen Jugend in Deutschland war und die Eingliederung der SA-Gruppen in die „Reichssportorganisationen" vorsah, ihr noch zu unkonsequent erscheint. Sie verlangt den Sturz von Groener, seine Ersetzung durch einen der offen mit den Faschisten paktierenden Reichswehrgenerale.

Hier ist ein Kompromiß in Vorbereitung; es wird bereits gemeldet, daß die SA „in gewissem Umfange wieder erlaubt werden soll". Nach einer neuen Verordnung soll der NSDAP die Möglichkeit gegeben werden, wieder „Sonderformationen zu bilden", die keinen „militärähnlichen Charakter" tragen sollen!!

Der Gegensatz zwischen der Vertretung der Monopolkapitalisten im Kabinett und den Repräsentanten der christlichen Gewerkschaftsbewegung, Stegerwald und Brüning, hat sich ebenfalls zugespitzt. Herr Warmbold, der Vertreter der IG-Farben, bisher Wirtschaftsminister des Kabinetts, wendet sich gegen den Arbeitsbeschaffungsplan der Regierung, den diese, um die weitere Tolerierung der Gewerkschaften und der SPD zu erreichen, vorbereitet hatte. Herr Warmbold läßt ausdrücklichst erklären, daß er gegen eine generelle Arbeitsstreckung sich entschieden wende. Es würden damit solchen Werken, bei „denen noch besonders dringliche Aufträge vorliegen, deren schleunige Erledigung notwendig ist", schwerster Schaden zugefügt! Gemeint sind die wenigen Großbetriebe, also Trusts, die bisher gut durch die Krise gekommen sind, auf deren Kosten der Zusammenbruch der anderen geht. Gemeint ist vor allem die IG-Farben selbst, die erst vor wenigen Tagen ihre verschleierte Bilanz für 1931 veröffentlichte, in der sie, trotz aller Verschleierung, einen Reingewinn von mehr als 50 Millionen ausweisen muß und in der allein für die 21 Mitglieder der Verwaltung an sechs Millionen reine Entschädigung ausgewiesen sind! Das heißt, daß von den 60 000 Arbeitern des Trusts auf den Kopf rund 1000 Mark ausgewiesener Reingewinn für die Aktionäre und die Verwaltung des Trusts entfällt. Damit dieser Sonderprofit nicht angetastet werde, muß selbst das Arbeitsbeschaffungsmanöver der Regierung Brüning zu Fall gebracht werden!

Ein Kompromiß ist auch hier in Vorbereitung. Die Regierung läßt schon heute dementieren, daß sie bei den Reichsbeamten eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung plane, nur in „gewissen" Arbeiterkreisen soll „versuchsweise" die Vierzigstundenwoche eingeführt werden. Ein kleines Pflaster auf eine furchtbare Wunde.

Und schließlich stoßen die Nationalsozialisten weiter vor, sie halten ihre Zeit für gekommen, sie verlangen die Macht in Preußen und im Reiche und auch der bescheidene Widerstand der Zentrumscliquen um Brüning, der ihnen entgegengesetzt wird, soll gebrochen werden.

Wenn die Regierung Brüning den Angriff übersteht, dann wird er neu auf breitester Basis vorbereitet werden. Schon heute werden die Auswirkungen der bisherigen Intrigen neue furchtbare Massen-Belastungen sein!

In dieser Situation gibt es nur eine Rettung:

den Block aller Arbeiterorganisationen gegen die Brüningdiktatur,

ein gemeinsames Kampfprogramm gegen den Faschismus und für Arbeitsbeschaffung,

die Aufnahme des Kampfes um die Arbeiterkontrolle der Produktion und eine Arbeiterregierung!

Reichspräsidentenwahl gültig

TU. Berlin, 3. Mai 1932

Das Wahlprüfungsgericht beim Reichsrat kam nach zweistündiger Beratung zu folgendem Urteil: Die am 10. April vollzogene Wahl des Generalfeldmarschalls a. D. v. Hindenburg zum Reichspräsidenten ist gültig.

Ein neuer Fall Bessedowski

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fand am Dienstag, dem 3. Mai, ein interessanter Prozeß statt, der von der russischen „weißgardistischen" Presse zu einem zweiten Fall Bessedowski aufgemacht werden sollte. Schon mehrere Tage vor dem Prozeß wurde von den russischen Emigrantenkreisen im „12-Uhr-Mittagsblatt" und andern für sie zugänglichen Organen der Prozeß Samoiloff vorbereitet und in Parallele zu dem Fall Bessedowski gestellt.

Samoiloff erwies sich aber vor Gericht als ein Hochstapler ganz gewöhnlichen Formats. Er hatte sich in seiner Eigenschaft als Direktor der „Russawstory" in Wien, eines gemischtwirtschaftlichen Unternehmens der russischen Handelsvertretung, für 50 000 Mark Beträge in Form von Schecks und Devisen angeeignet. Er ist dann geflohen und hat der Rückberufung nach Moskau keine Folge geleistet, worauf er nach dem Sowjetrecht zum Tode verurteilt wurde. Vor Gericht versuchte er sich damit zu verteidigen, daß er an die Sowjetregierung noch Forderungen zu stellen habe und „deshalb den Betrag zu seiner Sicherung einbehalten habe". Seine Weigerung, nach Rußland zurückzukehren, begründet er mit seiner Gegnerschaft zum Stalinkurs. Sogar das bürgerliche Gericht, das natürlich den „politischen" Anschauungen Samoiloffs weitgehendes Verständnis entgegenbrachte, konnte sich diesen Argumenten nicht anschließen und verurteilte den Angeklagten zu zwei Monaten Gefängnis.

Wirbelsturm zerstört zwei Städte

Nach Meldungen aus Mexiko-Stadt wurde die Provinz Yukatan von einer schweren Wirbelsturmkatastrophe heimgesucht. In den Städten Progreso und Merida wurden 400 Häuser vollkommen zerstört. Bisher sind sechs Tote und vier Verletzte zu verzeichnen. Man befürchtet ein Anwachsen der Zahl der Opfer, da man über die Lage in den abgelegenen Ortschaften noch nicht unterrichtet ist. Der Wirbelsturm war von einem Hagelschlag begleitet, durch den ein großer Teil der Sisalernte vernichtet wurde. Der Dampfer „Mexiko", der am Montag Progreso mit 55 Fahrgästen an Bord verlassen hatte, ist bisher in Veracruz nicht eingetroffen. Man nimmt an, daß er dem Wirbelsturm zum Opfer gefallen ist.

Curtius reist nach Moskau

Der ehemalige Reichsaußenminister Dr. Curtius wird, wie gemeldet wird, Mitte Mai nach Moskau reisen, um in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Gesellschaft zum Studium Osteuropas die augenblickliche wirtschaftliche und politische Lage der Sowjetunion zu prüfen. — Wie verlautet, wird Dr. Curtius bei dieser Gelegenheit von Krestinski und anderen Führern der Sowjetunion empfangen werden.

Kommunistische Niederlage in Frankreich

Wie nunmehr festgestellt wird, haben im ersten französischen Wahlgang insgesamt 9½ Millionen Wähler ihr Votum abgegeben. Die Frauen haben in Frankreich bis heute kein Stimmrecht. Die Sozialistische Partei vereinigte auf ihre Kandidaten 1 950 000 Stimmen, was gegenüber dem ersten Wahlgang der letzten Wahlen einer Zunahme von 250 000 Stimmen entspricht. Dagegen haben die Kommunisten, wie sich aus der Zählung ergibt, rund 350 000 Stimmen verloren.

Kriegsschiffe in Amoy

Drei japanische Minenboote sind in Amoy eingetroffen. Sie sollen nur dann eine Landung vornehmen, wenn die chinesische Rote Armee ihren Vorstoß gegen Amoy fortsetzt. Das Eintreffen der japanischen Kriegsschiffe in Amoy hat in der Stadt Unruhe hervorgerufen.

Internationale Kundgebung

Am Freitag, dem 6. Mai 1932, in Berlin, in den Prachtsälen „Am Märchenbrunnen", Am Friedrichshain 29/32.

„Unser Kampf gegen Faschismus und Kriegsgefahr"

Redner:

Fenner Brockway (Unabhängige Arbeiter-Partei Englands)
I. P. Schmidt (Unabhängige Sozialistische Partei Hollands)
Jenny Lee (Unabhängige Arbeiter-Partei Englands)
Genosse Paton (Unabhängige Arbeiter-Partei Englands)
Max Seydewitz (Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands)

Außerdem sprechen Vertreter von Norwegen, Schweiz, Polen, Bulgarien.

Eröffnung 18.30 Uhr. Anfang 19.30 Uhr.
Eintritt 0,30 RM. Erwerbsl. 0,15 RM.

Sozialistische Arbeiter-Partei Deutschlands
Bezirksverband Berlin-Brandenburg
I. A.: Max Köhler.

Amerika senkt Dollarkaufkraft

Inflation als letzte kapitalistische Rettung

TU. Washington, 3. Mai 1932.

Mit 289 gegen 59 Stimmen nahm das Repräsentantenhaus die Goldsborough-Vorlage an, die das Schatzamt und das Bundesreserveamt verpflichtet, die Dollarkaufkraft auf der Grundlage des Durchschnittes der Jahre 1921 bis 1929 wieder herzustellen.

*

Von der Annahme der Vorlage bis zu ihrer Verwirklichung ist noch ein weiter Schritt. Auf Grund der amerikanischen Verfassung kann der amerikanische Präsident gegen alle Beschlüsse des Repräsentantenhauses sein Veto geltend machen, so daß gefaßte Beschlüsse auf dem Papier stehen bleiben. Allgemein wird angenommen, daß dies auch das Los der soeben mit überwältigender Stimmenmehrheit zum Beschluß erhobenen Vorlage sei, weil man es sich schlechthin nicht vorstellen kann, daß sich Amerika auf eine derartige abenteuerliche Bahn begebe, von der man wohl den Anfang, nicht aber das Ende kenne. Denn was mit der Vorlage bezweckt wird, ist nicht mehr und nicht weniger als die Flucht in die Inflation. Amerika müßte — ein anderer Weg zur Hebung des Preisstandards in dem vorgesehenen Umfang ist nicht denkbar — das zirkulierende Papiergeld bis zu einem Punkt vermehren, daß die Kaufkraft des Dollars sich entsprechend senkt. Da das angestrebte Preisniveau um rund 60 Prozent unter dem jetzigen liegt, so würde es sich somit um eine sehr erhebliche Papiergeldvermehrung und damit um eine regelrechte Inflation handeln.

Ein wirkliches Heilmittel gegen die Krise wäre indessen auch diese Operation in keinem Falle, da ja dadurch praktisch keine neue Kaufkraft geschaffen wird und somit das Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsum — dieses unüberbrückbare Dilemma der kapitalistischen Wirtschaft — bestehen bliebe. Ein Vorteil für die amerikanische Bourgeoisie, vor allem für das Unternehmertum, wäre indessen sichtbar: **Die Inflation würde gestatten, die Löhne und Gehälter mit einem Schlage unerhört zu senken und auf dem Weltmarkt einen entsprechenden Vorsprung zu erlangen.**

In ähnlicher Weise ist ja auch England vorgegangen, als es den Goldstandard preisgab, und es scheint, daß dieses Beispiel auch die Kapitalistenklasse der andern Länder um so mehr lockt, je versperrter sich alle andern Wege erweisen, die aus der Krise zu führen vermögen. Was freilich die Anhänger der Goldsborough-Vorlage im amerikanischen Repräsentantenhaus anstreben, geht in seinem Ausmaß weit über das englische Beispiel hinaus, und mit Recht wird erklärt, daß die Befolgung der Vorlage nicht nur das Ende der Goldwährung überhaupt wäre, sondern die ganze kapitalistische Wirtschaft der gewaltigsten Belastungsprobe aussetzen müßte, die sie bisher zu bestehen hatte.

Im Ausland schöpfen die kapitalistischen Kreise noch Trost in der Hoffnung, daß der Einspruch des Präsidenten Hoover die Verwirklichung des Plans verhindern und so die für den Weltkapitalismus aus dem Beschluß aufziehenden Gefahren bannen werde, da er allzusehr die Merkmale einer momentanen „allgemeinen Ratlosigkeit" trage. Dieser Trost hat aber nur eine sehr schwache Stütze. Einmal ist daran zu erinnern, daß noch vor gar nicht langer Zeit derselbe Hoover, der die amerikanische Papiergeldinflation und damit ein allgemeines Währungschaos verhüten soll, der Initiator eines Milliarden-Kreditinflationsplanes war, und was die „allgemeine Ratlosigkeit" angeht, so ist sie in der Tat heute in kapitalistischen Kreisen allgemein und international. Sie ist auch nichts Neues. Seit Jahren lösen die entgegengesetzten Maßnahmen der Regierungen fast aller Länder sich in rascher Folge ab, und bewegt sich die gesamte Wirtschaftspolitik in einem hoffnungslosen Zirkel. Eine, wenn auch unfreiwillige Illustration dieser allgemeinen Ratlosigkeit bietet auch die von dem „Berliner Tageblatt" mit riesiger Reklame arrangierte und mit einer pfundschweren Sondernummer begrüßte „Welthandelswoche", zu der alle kapitalistischen Wirtschaftskoryphäen aufgeboten worden sind. Auch hier tritt ein Redner nach dem anderen auf, um die Richtigkeit des Gegenteils zu beweisen. An einem Punkte scheinen indessen auch hier die Meinungen wieder zusammenzufließen: in der Forderung nach künstlicher Kreditausweitung und in einer allgemeinen Währungsverschlechterung im internationalen Maßstab.

Für die Arbeiterschaft in der ganzen Welt müssen darum die amerikanischen Beschlüsse ein neues Alarmsignal sein: es ist ihr Rücken, auf dem der Kapitalismus überall versucht, sich den Schlingen der Krise zu entwinden. Hinter dieser Krise lauert, mit jedem Tage sichtbarer, die Gefahr einer Geldentwertung. Die Beschlüsse des amerikanischen Repräsentantenhauses können sehr wohl der Ausgangspunkt einer solchen Entwicklung sein.

Kamarilla am Werk

Schleicher drängt in den Vordergrund

Die Organe der bayerischen Staatsregierung veröffentlichen übereinstimmende Berliner Meldungen, wonach eine Kamarilla, die sich um den Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, den Generalleutnant von Schleicher, gruppiere und zu der als weitere Teilnehmer der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie Freiherr von Hammerstein-Equord, und der Staatssekretär beim Reichspräsidium, Dr. Meißner, gehörten, am Werke sei, in erster Linie den Reichswehrminister General a. D. Groener und in zweiter Linie den Reichskanzler zu stürzen und an die Stelle der amtierenden Reichsregierung ein Militär-Kabinett unter von Schleichers Führung zu setzen.

Die Nachricht hat prompt ein amtliches Dementi ausgelöst. Die genannten Personen hätten erklärt, solchen Plänen durchaus fernzustehen.

Trotz des Dementis spricht manches für die Richtigkeit der von der Bayerischen Regierung gedeckten Nachricht, mögen auch Einzelzüge vielleicht nicht stimmen.

Merkwürdig mutet vor allem an, daß der General Freiherr von Hammerstein-Equord in gleicher Front mit v. Schleicher genannt wird. Man weiß, daß von Hammerstein zusammen mit dem Minister Groener das Verbot der Hitlerschen Privatarmee betrieb, während von Schleicher heftig dieses Vorhaben bekämpft hat.

„Vorwärts" und „Berliner Tageblatt" feiern Groener jetzt als verfassungstreuen Helden. Der Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", Dr. Fritz Klein, der in den letzten Wochen und Tagen ausschließlich als Schrittmacher Hitlers aufgetreten ist, untersucht in einem Leitartikel die Voraussetzungen künftiger Regierungsgemeinschaft zwischen Zentrum und Nazis und findet deren „größte Klippe" in der nationalsozialistischen Weigerung, diejenige Reichsregierung offen oder stillschweigend zu tolerieren, die die SA verboten habe. Die Zentrumsführung werde sich diesem Argument kaum entziehen können. Aber — meint Dr. Klein —:

> „Natürlich gibt es auch aus dieser Schwierigkeit einen sehr gangbaren Ausweg, der mit der Federführung über das SA-Verbot zusammenhängt . . ."

Die Feder beim Verbot der SA hat der Reichsinnen-Wehrminister geführt. Die Anspielung zielt also auf Beseitigung Groeners und seine Ersetzung durch andere Kräfte, die der SA in bedingungsloser Freundschaft gegenüberstehen. Mit dieser Wendung zeigt sich auch der Chefredakteur der „DAZ" als der Kamarilla zugehörig.

Wahrscheinlich werden schon die nächsten Tage den Cliquenkampf klären. Von einer offiziösen Seite wird übrigens versichert, daß diese Klärung nur in der Form erfolgen könne, daß dem Generalleutnant von Schleicher der Abschied erteilt würde. Alles scheint aber darauf hinzuweisen, daß in einem solchen Fall der Konflikt der Personen erst recht zugespitzt und bald danach mit einem Sturz des gesamten Brüningschen Kabinetts enden würde.

Es sind starke Anzeichen dafür vorhanden, daß der General von Schleicher nunmehr seine Stunde für gekommen sieht und die Macht auch offiziell übernehmen will.

b. j.

Die Mandschurei im Zustand der Anarchie

Genf, 3. Mai 1932.

Der Vorsitzende des vom Völkerbundsrat nach der Mandschurei entsandten diplomatischen Untersuchungsausschusses, Lord Lytton, hat dem Generalsekretär des Völkerbundes seinen ersten telegraphischen Bericht übermittelt, in dem eine allgemeine Uebersicht über die militärische Lage in der Mandschurei gegeben wird. Nach dem Bericht von Lytton befinden sich in der Mandschurei gegenwärtig 100 000 Mann chinesische Truppen, 85 000 Mann bewaffnete und ausgebildete Truppen des neuen mandschurischen Staates, die teilweise unter dem Kommando Japans stehen, und 22 000 Mann japanische Truppen. Zwischen diesen drei Gruppen fänden fortgesetzt zum Teil schwere Kämpfe statt, für die die Chinesen und die Japaner einander gegenseitig die Verantwortung zuschöben. **Lytton betont in seinem Bericht, daß die ganze Mandschurei sich gegenwärtig in dem Zustand völliger Anarchie und Auflösung befinde. Die Unsicherheit im Lande wäre außerordentlich groß. Die fortgesetzten Kämpfe hätten in der Mandschurei zu einer völlig unlösbaren, außerordentlich gefährlichen und ernsten Lage geführt.**

Neue japanische Provokation

TU. Charbin, 2. Mai. Die mandschurische Polizei hat 12 Russen verhaftet, die angeblich an der Leitung der Maifeiern beteiligt waren. Die Verhafteten sollen durch ein mandschurisches Gericht abgeurteilt werden. Der russische Konsul hat Einspruch erhoben und die Freilassung der Verhafteten verlangt, die jedoch von den mandschurischen Behörden abgelehnt wurde.

Japan will keinen Nichtangriffsvertrag

TU. Tokio, 3. Mai 1932

Wie hier verlautet, soll die japanische Regierung ihren Botschafter in Moskau, zu der Mitteilung ermächtigt haben, daß die japanische Regierung einen russisch-japanischen Nichtangriffsvertrag nicht benötige, da das Friedensverhältnis zwischen den beiden Ländern sehr gut durch den Kellogg-Vertrag gesichert sei!

Neue japanische Truppenlandungen in Schanghai

TU. Schanghai, 2. Mai 1932.

Das geheimnisvolle Verschwinden zweier japanischer Seesoldaten hat die japanische Regierung zum Anlaß genommen, einen neuen starken japanischen Truppenverband in Schanghai zu landen. In der Stadt ist darüber eine allgemeine große Aufregung entstanden.

T.U. Charbin, 2. Mai 1932

Die achte japanische Division befindet sich auf dem Marsch nach Pogranitschnaja, um dort die Aufständischen zu vernichten, mit denen die japanischen Truppen während der letzten 48 Stunden starke Zusammenstöße gehabt haben. Die Aufständischen wurden von der Eisenbahnlinie vertrieben und sind ins Gebirge geflüchtet, wodurch ihre Verfolgung sehr erschwert ist. Führer der Aufständischen, die von den Japanern gefangen genommen worden waren, wurden erschossen. Der Oberbefehlshaber der japanischen achten Division, General Chirosoto erklärte, daß der „Säuberungsfeldzug" an der chinesischen Ostbahn bald beendet sein werde. Dadurch würde die Regierung Puyi sehr gestärkt werden.

Doch Reichsbannerverbot?

Fiel es schon auf, daß der Sozialdemokrat Flatau als Redner der von den Gewerkschaften in Berlin veranstalteten Maidemonstration sich im Hinblick auf das in der Luft schwebende Reichsbannerverbot sehr zurückhaltend äußerte — er bemerkte lediglich:

> „Wir möchten das beschämende Schauspiel nicht erleben, daß das Reichsbanner, das für die Farben Schwarz-Rot-Gold Blut und Leben der Kameraden geopfert hat, verboten oder auf eine Stufe mit den vertierten Nazihorden gestellt wird" —

Wir sagen: mußte schon dies überaus merkwürdig berühren, da daraus zumindest der Zweifel sprach, ob das Reichsbanner auch wirklich einem Verbot entgehe, so läßt eine Notiz der (jetzt sozialdemokratischen) „Welt am Montag" weitere Zweifel nicht mehr zu. Das Blatt schreibt:

> „Die auf ein Verbot des Reichsbanners abzielende Aktion wird, obwohl Kanzler wie Innenminister ein Verbot ablehnen, nicht ganz ergebnislos bleiben . . .
>
> **Eine Einigung ist bis jetzt nicht erzielt, doch dürfte es das Ziel der Besprechung sein, den Verbänden gewisse Auflagen zu machen, die ihren nicht militärischen Charakter sicherstellen sollen."**

Damit wird offenkundig, daß die zuständigen Stellen nur die Maikundgebungen abwarten wollten, ehe sie mit dem Verbot herauskommen. Aber ebenso offenkundig ist auch, daß die Sozialdemokratie selber darüber im Bilde ist, daß ein Teilverbot bevorsteht und daß sie diese Mitteilung in der Kundgebung bewußt unterschlagen hat!

1515 Millionen für die Banken

Während offiziell die Kosten der großen Bankensanierung nur auf etwa 800 Millionen Mark beziffert wurden, hat der Finanzminister Dietrich diese jetzt vor dem Haushaltsausschuß auf 1115 Millionen Mark angegeben, wozu aber noch 400 Millionen Mark kommen für die das Reich wegen der Auslandskredite der Danatbank haftbar sei. Zwar fügte Dietrich hinzu, daß nicht dieser gesamte Betrag vom Reich als Verlust zu tragen sei und die wirklichen Verluste nur 400 Millionen Mark ausmachen, aber man weiß nur allzu gut, was es mit solchen Berechnungen auf sich hat.

Gewerkschaften betteln beim Reichsarbeitsminister

TU. Berlin, 3. Mai 1922.

Vertreter der verschiedenen Gewerkschaften sind beim Reichsarbeitsminister wegen der Bestimmungen über die Krisenfürsorge und ihrer Handhabung vorstellig geworden. Insbesondere wurde darüber Klage geführt, daß die Unterstützung auch in solchen Fällen versagt worden sei, wo dies offenbar nach dem Sinn der Krisenfürsorge unangebracht gewesen sei. Auch lasse die Handhabung der Bestimmungen zu wünschen übrig.

Minister Stegerwald erklärte, daß die Neuregelung der gesamten Fürsorge schon in nächster Zeit nicht zu umgehen sei und besondere Maßnahmen sich daher im Augenblick nicht empfehlen würden. Die an sich berechtigten Klagen seien größtenteils auf den Mangel an Geldmitteln zurückzuführen.

Wenn bankerotte Bankfürsten kommen, hat die Regierung 1½ Milliarden. Den Proletariern kündigt man statt einer Hilfe neuen Unterstützungsraub an. **Arbeiterforderungen dagegen können nicht von der Regierung erbettelt, sondern nur erkämpft werden.**

Warum Schweden den Goldstandard preisgab

TU. Stockholm, 3. Mai 1932.

In dem Gutachten, das der Bankausschuß des schwedischen Reichstags abgegeben hat, wird von seiten der Rechtsparteien stark kritisiert, daß Kredite in der großen Höhe von insgesamt 158 Millionen Kronen (wovon 146 Millionen in Anspruch genommen worden worden sind) einem einzigen Unternehmen zur Verfügung gestellt wurden, das zudem stark spekulativen Charakter hatte. Aus dem Gutachten geht hervor, daß die Aufhebung des Goldstandards mit in erster Linie durch die Kredite an den Kreuger-Konzern herbeigeführt wurde. — Die Valutamaßnahmen werden von der Mehrheit des Ausschusses gebilligt.

Skandalöse Felseneckprozeßführung

Der für haftfähig erklärte Kommunist bekommt dreimal Herzkrämpfe

Der „Felseneck"-Prozeß erlitt gestern mehrere Unterbrechungen. Während der ersten Verhandlungstage war der kommunistische Angeklagte **Gentz mit einem Krampfanfall zusammengebrochen.** Das Schwurgericht hatte damals den Antrag der Verteidigung, einen Herzspezialisten über die Haftfähigkeit dieses Angeklagten zu hören, abgelehnt. Am Montag war der Angeklagte von neuem erkrankt, so daß der Prozeß bis Dienstag ausgesetzt wurde. Zu der gestrigen Verhandlung wurde Gentz auf einer Tragbahre in den Gerichtssaal gebracht, die Gerichtsärzte erklärten ihn für bedingt verhandlungsfähig (!).

Nach kurzer Verhandlung erlitt Gentz im Saal einen neuen Anfall, so daß das Gericht nunmehr beschloß, Professor Zondek als Sachverständigen hinzuzuziehen. Kaum war dieser Beschluß verkündet, wurde Gentz von neuen Krämpfen befallen, so daß das Gericht daraufhin beschloß, die Ladung des Professors Zondek zurückzuziehen und Gentz aus der Untersuchungshaft zu entlassen. Die Verhandlung wurde bis Freitag ausgesetzt, um dem Angeklagten genügend Zeit zur Gesundung zu geben.

Diese brutale Quälerei des kommunistischen Angeklagten Gentz ist ein einziger Skandal. Seine schweren Herzkrämpfe im Gerichtssaal zeigen, was die „ärztlichen Gutachten" der Gerichtsärzte wert sind. Wir sind überzeugt, daß, wenn es sich um einen Nazi oder um einen Bourgeois handeln würde, der Angeklagte längst für haftunfähig erklärt worden wäre. Aber es ist ja ein Kommunist!

Todkranke Kommunisten, die von Nazis überfallen wurden, werden mörderischer Haft ausgesetzt, während Schulz, der Führer und Haupträdelsführer der Nazi-Mordkolonne, frei herumläuft. Republikanische Justiz!

Umsturz im Flugzeugbau?

Berlin, 3. Mai 1932.

Professor Dr. Schmeidler von der Technischen Hochschule Breslau zeigte am Montag einem Kreis von Fachmännern sowie Vertretern der Behörden und Presse auf dem Flughafen Tempelhof das von ihm erfundene und erbaute **Flugzeug mit veränderlichen Tragflächen.** Seit einigen Jahren ist man bereits eifrig dabei, für derartige Tragflächen die glücklichste Lösung zu finden, da bei einer Verkleinerung der Tragflächen die Steigerung der Reisegeschwindigkeit, bei einer Vergrößerung dagegen die Verkürzung der Start- und Landestrecke erreicht wird. Eine Verkleinerung der Tragfläche bedeutet auch Steigerung der Wirtschaftlichkeit durch Energieeinsparung; Vergrößerung der Tragfläche für Start und Landung dient in hohem Maße der Sicherheit. Ausländische Erfindungen dieser Art zielten auf eine Veränderung der Spannweite hin, während Professor Dr. Schmeidler an seinem Flugzeug eine Veränderung der Tragflügeltiefe ermöglicht hat, womit gleichzeitig eine jeweils zweckmäßige Profiländerung der Tragfläche erreicht wird. Zwei bewegliche Teile, die am Rumpf geführt werden, können um je einen außen an der Tragfläche befindlichen Drehpunkt nach hinten herausgeschwenkt werden. Wie wichtig die Erfindung, nicht nur für Sportmaschinen, sondern vor allem auch für Verkehrsflugzeuge ist, beweist der Erfolg: Eine Vergrößerung der Tragfläche um 20 Prozent führt schon zu einer Verkürzung der Startstrecke bis zur Hälfte, eine Verkleinerung jedoch läßt eine Geschwindigkeitssteigerung von 115 auf 140 km zu. Einige Vorführungsflüge über dem Tempelhofer Feld sowie Start und Landung veranschaulichten die Wirkung dieser Erfindung.

Die Ueberschwemmungen in England

London, 3. Mai 1932.

Anhaltende Regengüsse führten am Montag zu größeren Ueberschwemmungen in verschiedenen Teilen Englands. Die Flüsse erreichten einen außerordentlich hohen Stand und traten teilweise über die Ufer. Die Landstraßen standen auf weiten Strecken unter Wasser, so daß der Verkehr eingestellt werden mußte. In Bristol regnete es ununterbrochen 30 Stunden lang. Bei Frome ertranken vier Knaben in den Fluten des zu einem reißenden Strom gewordenen Flüßchens From. Am schlimmsten wurde die Stadt Chippenham in der Grafschaft Wilts heimgesucht. Sie wurde vollkommen von der Umwelt abgeschnitten. Das Wasser stieg so schnell, daß viele Personen, die sich auf einer Brücke inmitten der Stadt befanden, vollständig abgeschnitten wurden und erst nach stundenlangem Warten befreit werden konnten. In den tiefer gelegenen Stadtteilen wurden manche Leute in den Betten von den Fluten überrascht, die in die Häuser eindrangen. In einigen Geschäftshäusern stand das Wasser annähernd zwei Meter hoch. Pferde und Lastkraftwagen mußten mit Tauen aus gefährlichen Lagen befreit werden. Auch in Henley-in-Arden stieg der Fluß Alme so rasch an, daß die Bewohner von dem die Erdgeschosse überflutenden Wasser in ihren Betten überrascht wurden. Die Pferderennbahn in Pershore war in einen großen See von über zwei Meter Tiefe verwandelt.

Menschen hinter Gittern

Zuchthausrevolte in Bangkok — 9 Sträflinge erschossen.

Paris, 3. Mai 1932.

Nach einer Meldung aus Bangkok (Siam) machten Gefangene des dortigen Strafgefängnisses einen Ausbruchsversuch. Mit Hacken und Spaten bewaffnet gingen sie gegen die Gefängniswärter vor, die „zur Wiederherstellung der Ruhe" von der Schußwaffe Gebrauch machten. Neun Gefangene wurden im Verlauf des Kampfes getötet. Auf seiten der Polizei sind etwa zehn Verletzte zu verzeichnen. Bei drei von ihnen soll der Zustand besorgniserregend sein. Nur einem der Gefangenen gelang es, die Flucht zu ergreifen.

London, 3. Mai 1932.

Bei der Zuchthausmeuterei im Bangkwang-Zuchthaus in Bangkok griffen rund 500 Zuchthausinsassen gleichzeitig ihre Wärter an und versuchten, die Tore des Zuchthauses mit Aexten zu zerstören. Es kam zu einem Handgemenge zwischen den Wärtern und den Meuterern, die inzwischen durch zahlreiche weitere Gefangene aus einem anderen Teil des Zuchthauses Zuzug erhalten hatten. Der Kampf dauerte drei Stunden. Als Waffen benutzten die Sträflinge Aexte und Schaufeln. Die Wärter machten von der Schußwaffe Gebrauch. Neun Sträflinge wurden getötet, drei Wärter und 30 Zuchthausinsassen sind schwer verletzt worden. Es ist nicht einem Sträfling gelungen, aus dem Zuchthaus zu entkommen.

Folgenschwerer Gerüsteinsturz

Olmütz, 3. Mai 1932.

Beim Neubau der Schule im Dominikanerinnenkloster in Olmütz brach mittags am 2. Mai aus unbekannter Ursache das ganze Gerüst ein und begrub alle auf ihm arbeitenden Leute unter sich, die erst nach langen Arbeiten aus ihrer gefährlichen Lage befreit werden konnten. Drei Schwerverletzte und sieben Leichtverletzte wurden ins Krankenhaus gebracht. Dieser Unfall ist bereits der dritte bei demselben Neubau.

Zugentgleisung im Tunnel

Rom, 3. Mai 1932.

Der Zug Nr. 147 von Ventimiglia nach Genua hat in dem Tunnel zwischen Borcio und Finale Ligure einen Unfall erlitten. Infolge Radbruchs entgleisten zwei Güterwagen und ein Gepäckwagen. Unter den Reisenden entstand eine Panik, die durch die Dunkelheit im Tunnel gesteigert wurde. Wie von italienischer Seite versichert wird, ist niemand verletzt worden. Aus Savona wurde ein Hilfszug entsandt. Alle auf dieser Strecke verkehrenden Züge haben erhebliche Verspätungen zu verzeichnen.

Defraudant erschießt sich

Hamburg, 3. Mai 1932.

Wie erst jetzt bekannt wird, hat sich der zweite Geschäftsführer der Hamburger Webwareneinkaufsgesellschaft Koß am Dienstag voriger Woche erschossen. Von zuständiger Stelle erfahren wir dazu, daß vor etwa acht Tagen bei der Gesellschaft durch den ersten Geschäftsführer eine Revision stattgefunden hat, bei der Unregelmäßigkeiten in der Kasse festgestellt worden waren. Auf seinen Antrag hin wurden dann sofort Revisoren zur näheren Nachprüfung eingesetzt. Als Koß davon hörte, beging er Selbstmord. Wie hoch sich die Unregelmäßigkeiten belaufen, konnte noch nicht festgestellt werden. Man glaubt, daß eine Summe von etwa 100 000 Mark in Frage kommt. Die genauen Feststellungen sind natürlich durch den Selbstmord des zweiten Geschäftsführers erheblich erschwert. Am Sonnabend hat eine Aufsichtsratssitzung stattgefunden, in der die Aufsichtsratsmitglieder von den Unregelmäßigkeiten in Kenntnis gesetzt wurden.

Anton Wildgans gestorben

Wien, 3. Mai 1932.

Der Dichter Anton Wildgans, früherer Direktor des Burgtheaters, wurde am Dienstag früh in seiner Villa in Moedling tot aufgefunden. Er ist vermutlich einem Herzschlag erlegen.

Erbauliches aus Groeners Reich

Breslau, 3. Mai 1932.

Der 25jährige Stabsgefreite Johann Schaal, der bei der Festungskommandantur Breslau im Dienst steht, unterschlug 1700 Reichsmark Gehaltsgelder, die er sich von der Kassenverwaltung der 2. Kavallerie-Division hatte auszahlen lassen. Er ist damit geflüchtet. Schaal, der gleichzeitig Kassierer der Unteroffizier-Vereinigung war, nahm außerdem aus dieser Kasse 250 Mark mit. Er soll stark verschuldet sein.

Al Capone muß ins Zuchthaus

Chicago, 3. Mai 1932.

Der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat Al Capones Berufung in seinem Prozeß wegen Steuerhinterziehung zurückgewiesen. Als Al Capone diese Nachricht erfuhr, weinte er. Elf Jahre in der Strafanstalt von Leavenworth stehen ihm nun bevor.

Die Sowjetunion baut eine neue Funkstation

Moskau (über Kowno), 3. Mai 1932.

Die Sowjetregierung hat beschlossen in der Wolgadeutschen Republik eine große Funkstation zu errichten, die nur in deutscher Sprache senden wird. Die neue Station soll im nächsten Jahre fertiggestellt werden.

Klagelieder Jeremiae

In einer bei Leopold Klotz in Gotha erschienenen Sammelschrift, die sich „Gegenwartsnöte der evangelischen Kirche" betitelt, bringen 11 Autoren ihre Sorgen um die Existenz ihrer Kirche zum Ausdruck. Es sind solche Vertreter der Organisation, die in redlichem Bemühen bestrebt sind, die Ursachen für den offenen Rückgang der Kirchlichkeit in Deutschland zu entdecken und sie durch eine Erneuerung des religiösen Lebens zu bekämpfen und unwirksam zu machen. Und wer das Büchlein aufmerksam zu Ende gelesen hat, der muß als Resultat der vorgetragenen Untersuchungen das unumwundene Eingeständnis feststellen, daß die Kirche sich trotz aller Staatshilfe in einer wenig beneidenswerten Lage befindet.

Diese „Elf Aufsätze zur Kirchenfrage" nehmen zu allen wichtigen Problemen der Gegenwart Stellung: Sie fragen nach dem Einfluß der Kirche unter der Landbevölkerung und in der Großstadt; sie prüfen ihre Haltung gegenüber den Gebildeten und der Jugend wie ihr Verhältnis zur veränderten sozialen Lage der Frauen und zur Lehrerschaft; sie reden von der Pfarrernot und von der Geschlechtsnot der Gegenwart, von der Konfirmationsnot, der Verkündungs- und Bekenntnisnot und der politischen Not der Kirche. Aber alle Aufsätze klingen wie ein einziges Klagelied der Trauer und Hoffnungslosigkeit, und aus ihnen spricht das Unvermögen, die wirklichen Ursachen der kirchlichen „Gegenwartsnöte" zu erkennen. Ein typisches Beispiel für dieses Versagen bei der Aufhellung der wahren Gründe liefert schon der erste Aufsatz, auf dessen Inhalt wir hier in Kürze eingehen und uns auch beschränken wollen.

Der Verfasser stellt hier ganz real und sachlich den Rückgang der Kirchlichkeit und die Abnahme der Religiosität bei der Landbevölkerung fest: Er klagt über das „Fehlen einer gottesdienstlichen Gemeinde", darüber, daß die Gottesdienste oft wegen Mangel an Besuchern ausfallen müssen, daß „im Lande der Reformation am Reformationstag nur drei Frauen sich in der Kirche eingefunden haben" und kommt schließlich zu dem Schluß, daß „der Kirche die gemeinschaftbildende Kraft fehlt". Er jammert über die Jugendnot, die sich äußert im „Nachahmen großstädtischen Treibens und Rummels" und eine „erschütternde Einstellung zum sexuellen Problem" aufweist, über Familiennot (Zunahme der Abtreibungen usw.), über die politische Not, die durch die aufwühlenden Geschehnisse der Kriegs- und Revolutionszeit das ehedem so ruhige Dorf in politische Aktivität versetzt und die früheren latenten Klassengegensätze zu offenen und akuten Spannungen verschärft hat. Alle Bemühungen der Kirche, Volkskunde zu treiben und Jugendpsychologie zu studieren, Volkshochschulen und Jugendvereine zu gründen, neue Formen gottesdienstlicher Gemeinschaft zu schaffen, sind zuschanden geworden oder haben sich als unwirksam erwiesen, so daß der gute Pastor Müller schließlich resigniert: „Mit unsrer Macht ist nichts getan!" und „Gottes unerforschlichen Ratschluß" verantwortlich macht.

Für den Marxisten ist dieser Umschlag der Verhältnisse durchaus verständlich. Wir wissen, daß die Religion in erster Linie soziale Wurzeln hat, und daß die frühere Religiosität und Kirchenfrömmigkeit der Landbevölkerung in ihren damaligen technisch-ökonomischen Lebensverhältnissen begründet war. Ihre Arbeit und der Erfolg derselben brachten sie in zwingende Abhängigkeit zu den höheren himmlischen Gewalten Sonne und Regen, die sie als vor einem höheren Wesen auf die Knie zwangen. Jetzt aber hat die große technische Revolution auch begonnen, das rückständige Land zu erobern, und wenn man auch Regen und Sonne noch nicht kommandieren kann, so führen doch die Methoden der künstlichen Düngung mitten hinein in die chemische Wissenschaft, ersetzen die landwirtschaftliche Maschine, der Traktor, Elektrizität und Benzin die teuere Menschenkraft. Der technische und ökonomische Fortschritt erobert auch die Gehirne und läßt alte unverständliche Produktionsfaktoren durch neue, erklärbare ablösen.

Noch rascher und eindringlicher als bei uns vollzieht sich dieser Aufklärungsprozeß in Sowjetrußland, wo der planmäßig geförderte wissenschaftliche und technische Fortschritt sich mit dem sozialen paart und mit dem großen gesellschaftlichen Umbau. Es wird aus solchen Gedankengängen durchaus begreiflich, daß Bauern, die vor gar nicht so langer Zeit noch gläubig und kirchentreu waren, heute durch freiwilligen Beschluß die Kirchenglocken abmontieren und gegen Traktoren eintauschen; denn diese haben sich als zuverlässigerer Helfer erwiesen als Frühmessen und Abendgebete. Auf der anderen Seite aber wird uns auch verständlich, wie wirtschaftliche Not und Existenzunsicherheit den Boden bereiten für den Glauben an übernatürliche Kräfte und die Unterwerfung unter einen „göttlichen Willen" fördern, und wie die Ohnmacht gegen gesellschaftliche Katastrophen abhängigen Menschen zum Suchen nach außernatürlichen Erklärungen verleitet. (Bibelforscher, Sektenwesen!)

Die Kirchenapostel in unserer Schrift vermögen die Wandlungen nicht zu verstehen und zu deuten; sie können als „Religiöse" keine Marxisten sein; aber für eine konsequent-marxistische Freidenkerbewegung bietet sich hier ein äußerst fruchtbares Arbeitsfeld.

Georg Steinfeld.

Bühne von links gesehen

Für die Befreiung Mooney und Billings

Die Internationale Hilfsvereinigung, die in Deutschland den Kampf für die Befreiung Tom Mooneys und Warren Billings führt, hat Felix Ziege, den Autor der „Affäre Bullerjahn", mit der Dramatisierung des Falles Tom Mooney und Warren Billings beauftragt. Die Uraufführung wird im September an einer Berliner Bühne stattfinden.

Film und wir

Straßen der Weltstadt

Ein Paramount-Film. Uraufführung Berlin: Capitol.

Hallelujah! Hei lewet noch, the old Cowboy, diesmal in zweiter, verbesserter Auflage. Amerika in allem voran: Aus den bösen Viehräubern wurden Bootleggers; Mack, der rote Teufel vom Colorado-river, wandelte sich in den ebenso teuflischen, aber eleganten Chef der eben erwähnten Alkoholschmuggler; und die feurigen Rassepferde wurden zu brausenden, rassigen Automobilen, die gespenstisch durch die nächtlichen Straßen der Weltstadt rasen. Und oh, der Cowboy gar selbst! Wie immer, seit urdenklichen Zeiten, schießt er mit zwei Pistolen zugleich und überkreuz zwei Herren zwei Zigaretten aus dem Maul.

Das süße Mädel, das besagter Cowboy (Gary Cooper) natürlich zum ehelichen Happy End führt, nachdem es für ihren schmuggelnden und mordenden Stiefvater verzwickter Weise ins Gefängnis wandern mußte, nachdem es beinahe (und nur durch den gewaltsam tödlichen Ausgang des Teufels umging es das traurige Schicksal) von dem geilen Schmuggelchef vergewaltigt worden wäre — das süße Mädel ist diesmal gar nicht süß, sondern eine anständige Schauspielerin, die Leben und nicht Konfekt in den Mienen hat, ein erfrischender Gegensatz zu den Puppengesichtern anderer amerikanischer — und deutscher — Filme. Sie, Sylvia Sidney, macht diesen finsteren, blutrünstigen Film sehenswert.

Die deutsche, nachsynchronisierte Sprache klappt nicht immer. Aber ausgezeichnete Photographie- und Toneffekte, laufen dem Regisseur manchmal unter die Finger. Das freut einen denn ja auch.

Gregor Holm.

Medizinische Entdeckungen

Eine der furchtbarsten Plagen der in den Tropen tätigen Menschen ist das Gelbe Fieber. Man nimmt an, daß es von einer bestimmten Mückenart übertragen wird. Ueber seinen Erreger jedoch herrscht noch immer keine volle Klarheit und es spricht für das Interesse, das die medizinische Wissenschaft daran nimmt, daß vor einiger Zeit der Schriftsteller Ernst Weiß den Kampf gegen das Gelbe Fieber in seinem vielbesprochenen Roman „Georg Letham, Arzt und Mörder" verherrlicht hat. Jetzt kommt aus den Vereinigten Staaten die Meldung, daß der am Rockefeller-Institut beschäftigte Arzt Dr. W. A. Sawyet ein unbedingt wirksames Serum gegen diese furchtbare Krankheit gefunden und bereits mit 100proz. Erfolg an einer Reihe bereits aufgegebener Patienten ausprobiert haben will. Eine Entdeckung, die für die Kolonisierung weitester Landstriche in den Tropen von ungeheurer Bedeutung wäre.

Von weniger großer Tragweite, jedoch von weit größerem Interesse für den Alltag ist eine andere, gleichfalls aus Amerika kommende Nachricht, daß es dem Dozenten an der Columbia-University Dr. Dochez gelungen sei, den Erreger des gewöhnlichen Schnupfens aufzufinden, der sich bisher mit größter Hartnäckigkeit zu verbergen verstanden hat. Ein weiterer Beweis für seine Hartnäckigkeit ist die Tatsache, daß Kulturen dieses Erregers noch nach 14 Tagen ihre Wirkung beibehielten, selbst wenn sie keinerlei geeigneten Nährboden zu ihrer Verfügung hatten. Der Entdecker ist zur Zeit damit beschäftigt, ein wirksames Heilmittel gegen diesen Bazillus zu finden.

Düsseldorf

Die Metallarbeiter tagten. Der Kassen- und Geschäftsbericht zeigt, daß die verschärft anhaltende Krise sich recht bedenklich auf die Leistungsfähigkeit der Organisation auswirkt. Der Mitgliederrückgang setzt stark ein und erfordert die größte Aufmerksamkeit aller Gewerkschaftskollegen. Wenn der Bevollmächtigte Krämer versucht, diese Flucht aus dem Verband zu begründen, dann zeigt sich in ganzer Größe die Hilflosigkeit der reformistischen Gewerkschaftsführer. Das Geschimpfe der Unternehmerpresse, die Schreibweise der KPD-Presse und der SAZ sollen schuld daran sein, daß die Gewerkschaften so wenig Anerkennung bei der Arbeiterschaft finden. Besonders unser Bericht in der „SAZ" über die Jahresvertreterversammlung hat es dem Bevollmächtigen Krämer angetan. Wir schilderten damals den brutalen Versammlungsterror, den die Reformisten anwandten, um die Opposition nicht zu Worte kommen zu lassen, und ausgerechnet diese Kritik soll schuld sein am Mitgliederverlust in der Organisation. Daß die Politik des kleineren Uebels, die Duldung der Notverordnungspolitik, die vollständige Kampfunfähigkeit der Gewerkschaften schuld an dem Mitgliederverlust ist, dieser Gedanke darf unter keinen Umständen aufkommen. Als in der Diskussion unsere Genossen die wirkliche Ursache für die Unzufriedenheit herausstellten, wurden die Bürokraten sehr nervös, besonders Fritz Stahl. Dem Kollegen Pütz, der sehr berechtigt die jetzige Verwirrung in der Arbeiterschaft schilderte und dabei das Ohr der gesamten Versammlung fand, versuchte man nachträglich in persönlich gehässiger Form entgegenzutreten. Vom Kollegen Springer wurde ein Antrag eingebracht, der die Beibehaltung des Arbeitersekretariats in seiner jetzigen Form unter der fachkundigen Leitung von Arthur Hauck verlangte. Doch auch dieser Antrag fand von seiten der Verwaltung die bekannt „sachliche" Behandlung. Besonders der Kollege Krämer als jetziger Vorsitzender der Krankenkasse fühlte sich durch unseren Artikel in der „Fackel" über diese Angelegenheit sehr betroffen und beschuldigte uns, die Dinge falsch dargestellt zu haben. Doch das heute nicht Arthur Hauck, sondern Jakob Krämer Vorsitzender der Krankenkasse ist, genügt allein schon als Tatsache, wie berechtigt unsere Darstellung in der „Rhein-Ruhr-Fackel" war. Heute stellen sich die Krämer, Hauptmann usw. hin und sagen, wenn Hauck der Idealist ist, wie es immer heißt, dann kann das Arbeitersekretariat erhalten bleiben. Soll das vielleicht heißen, daß Arthur Hauck die ungeheuere Arbeit des Arbeitersekretariats ehrenamtlich ausführen soll? Mit diesen und ähnlichen Argumenten gelang es der Verwaltung, mit einer recht knappen Mehrheit den Antrag Springer abzulehnen. Wie fremd die Verwaltung dem Denken der Kollegen gegenüber steht, zeigte sich auch recht deutlich bei der Behandlung eines Antrages unserer Kollegen aus Ratingen, die das Ortsstatut dahin ändern wollen, daß auch den erwerbslosen Kollegen Vertreterrecht gewährt wird. Die Verwaltung lehnt die angeregte Aenderung ab und wünscht es bei dem jetzigen Zustand zu belassen. Zum Verbandstag wurden von der Opposition einige Anträge gestellt, die sämtlich abgelehnt wurden. Die Wahl der Delegierten zum Verbandstag wird in einer späteren Vertreterversammlung vorgenommen.

Bochum-Weitmar

Die gutbesuchte Mitgliederversammlung nahm den Bericht des Genossen Schnur, Dortmund, vom Parteitag entgegen. Es wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „Die Ortsgruppe Bochum-Weitmar ist einheitlich der Auffassung, daß die Diskussionsfreiheit und die innerparteiliche Demokratie in der SAP unter allen Umständen aufrecht erhalten werden muß. Die Ortsgruppe erwartet vom Parteivorstand, daß er alle entgegengesetzten Tendenzen ablehnt und unterdrückt. Die Ortsgruppe Bochum-Weitmar erklärt sich geschlossen für die Entschließung der Genossin Anna Siemsen, da sie den Zweck verfolgt, die innerparteiliche Demokratie und Diskussionsfreiheit in der Partei zu sichern. Die Ortsgruppe billigt die Unterzeichnung dieser Resolution durch die Delegierten des Bezirks Westfalen-Süd. Die Ortsgruppe Bochum-Weitmar erwartet von der Redaktion der SAZ und den Redaktionen der übrigen Parteiorgane, daß sie die Meinungen der Mitgliedschaft gleichmäßig zu Gehör kommen lassen, soweit diese sich im Rahmen der Parteigrundsätze halten. Einseitige Berichte, wie der über den Parteitag, sind unter allen Umständen zu vermeiden. Die Sozialistische Arbeiterpartei kann ihre Aufgabe, die Schaffung der proletarischen Klassenfront, nur erfüllen, wenn sie zu einer revolutionär-sozialistischen Massenpartei wird. Unduldsamkeit würden die Partei zur kommunistischen Sekte werden lassen."

Zurück zum proletarischen Klassenkampf!

A 1

Der Unterbezirk Vorpommern der SAP tritt am kommenden Sonntag in der kleinen Peenestadt Anklam zu einer außerordentlichen Unterbezirkskonferenz zusammen. Diese Konferenz wird besonders noch unter dem Eindruck des Wahlergebnisses stehen und hierzu in ergiebiger Weise Stellung nehmen. Die schwache Stimmenzahl, die unsere junge Partei im Wahlkampf erhalten hat, kann und darf nicht zu der Ansicht bringen, daß die Partei bedeutungslos sei. Vielmehr muß uns das Vordringen des Faschismus auch in die Arbeitermassen davon restlos überzeugen, daß nunmehr aus dem Versagen der beiden großen Arbeiterparteien unter allen Umständen sofort die Konsequenzen gezogen werden müssen, und daß es nun erst recht die große Aufgabe der SAP ist, die Einheitsfront zu schmieden. Sie muß versuchen, unter Vermeidung aller sozialdemokratischen Fehler und kommunistischen Irrwege, die verzweifelten Massen in einer großen revolutionären Arbeiterpartei zusammenzufassen.

Die Entwicklung der Partei zeigt, daß sie seit Bestehen bestrebt ist, den der verbürgerlichten reformistischen SPD anhaftenden, nationalistischen und militaristischen Einschlag auszuschalten und ebenso die ultralinke, die Arbeiterschaft schädigende Politik der KPD zu vermeiden. Diese gesunde Entwicklung muß die SAP zu einer neuen proletarischen Massenpartei machen, wenn auch im Augenblick das Vertrauen der deutschen Arbeiterklasse zu ihr noch nicht genügend hergestellt ist. Diese Situation ist aber nicht durch die Gründung unser Partei hervorgerufen, sondern durch das völlige Versagen der beiden jetzt noch großen Parteien. Daher haben wir die große und schwere Aufgabe zu erfüllen, das Mißtrauen der Arbeiterschaft zu beseitigen und ihr durch Tageslosungen wieder Selbstvertrauen beizubringen. Sehr schwer ist diese Aufgabe der Partei, aber gerade im Interesse der Arbeiterklasse selbst muß sie gelöst werden.

Wenn auch die Erfahrung der letzten Tage zeigt, daß Proletarier mit ihrem Eintritt in unsere Partei zögern, so zeigt sich hier ganz deutlich, daß völlig die Schwierigkeiten des Wahlkampfes verkannt worden. Der langsame und sichere Aufstieg der Partei mußte allen Unbefangenen von vornherein klar sein. Diese Erfahrungen liegen nun hinter uns, und wir haben daraus die nötigen Lehren zu ziehen.

Mehr als bisher haben wir uns darauf einzustellen, daß gerade die reformistische Gewerkschaftspolitik beseitigt werden muß. Die Theorie von der Versöhnung mit dem Kapital und dementsprechend auch die Tolerierungspolitik der Gewerkschaftsführer haben die Gewerkschaftsbewegung an den Rand des Abgrundes gebracht. Einige Schritte weiter auf diesem Wege — und die Gewerkschaften sind vollends eine Beute des Faschismus. Darum ist es höchste Zeit zur Umkehr auf den alten Weg, den uns Karl Marx und Friedrich Engels gezeigt haben. Die Gewerkschaften müssen endlich ihre ganze Kraft einsetzen, um die Notverordnungspolitik völlig zu beseitigen. Sie können das aber nur erreichen, wenn sie sich zu den von uns aufgestellten Losungen bekennen. Darum haben wir unsere künftige Arbeit besonders hierauf stark zu konzentrieren.

Die kommende Unterbezirkskonferenz in Anklam hat daher eine ganz besondere Bedeutung und muß rücksichtslos alle Fehler erkennen und sich dementsprechend entscheiden. Die Stralsunder SPD macht den bescheidenen Versuch, die bisher gemachten Fehler der KPD aufzuzeigen und daran die Aufforderung zu knüpfen, die KPD möge aus diesen Fehlern lernen und den Anschluß an die SPD suchen. Sie selbst ist anscheinend der Auffassung, daß ihre bisherige Tätigkeit in unserem Organisationsgebiet richtig war. Die Wahlergebnisse haben aber doch wohl ein anderes Bild ergeben. Die SPD dürfte auch mit dieser Anbiederung sehr wenig Glück haben, denn auch die in den letzten Tagen eingetretene „Wendung" (?) in der Taktik der KPD dürfte keinen Vorteil bedeuten. Wer die ganze Situation mit offenen Augen betrachtet, wird sehr bald erkennen, daß hier von beiden Seiten weiter nichts als Spiegelfechtereien betrieben wird. Geben wir uns keiner Illusion hin, denn wir werden bald erleben, daß beide Parteien vorgeben, nur sie allein seien berufen, die Arbeiterklasse zum Siege zu führen. Die Arbeiterklasse Deutschlands wird dann aber wieder um eine Enttäuschung reicher sein. Wir aber sagen dazu: wenn ihr Genossen von der SPD oder KPD wirklich die Einheitsfront der ganzen Klasse wollt, dann unterbreitet den Arbeiterorganisationen konkrete Vorschläge. Führt sie an den Verhandlungstisch und bildet schnellstens den Arbeiterblock aller Arbeiterorganisationen gegen den Faschismus.

In dieser Zeit dürfen wir aber nicht tatenlos sein und glauben, daß hier nun irgendwelche praktischen Erfolge sichtbar werden. Wir haben vielmehr die Aufgabe, unserer eigenen Partei in täglicher Pionierarbeit neue Mitkämpfer zuzuführen und dadurch zu einem einflußreichen Faktor in dieser Frage zu machen. Denn je stärker gerade wir sind und je mehr wir unsern Einfluß auf die anderen Parteien und Organisationen ausdehnen können, um so früher kommen wir zu dem erstrebten Ziel der proletarischen Einheitsfront. Eine hundertprozentige Verstärkung unserer organisatorischen Kraft, eine Erstarkung unserer Presse muß die nächste Losung für uns alle sein. Gerade unser Organisationsnetz im Unterbezirk Vorpommern bedarf dieser Erstarkung, denn nur dann sind wir in der Lage, auch die Gewerkschaftsorganisationen zum proletarischen Klassenkampf zurückzuführen.

Mögen nun alle vorpommerschen Genossen an Hand des erzielten Wahlergebnisses die politische Situation einer Ueberprüfung unterziehen und, mit Vorschlägen reich beladen, zur Unterbezirkskonferenz erscheinen, um in eingehender Beratung Mittel und Wege zu finden, die es ermöglichen, die Aufklärungs- und Aufbauarbeit in verstärktem Maße aufzunehmen. Unser Kampf gilt der Befreiung der Arbeiterklasse vom Kapitalismus. In diesem Sinne setzen wir unsere Arbeit fort. Mit neuem Mut und neuer Tatkraft an die Arbeit!

Rüsselsheim

Generalversammlung der Metallarbeiter. Der Ortsausschußvorsitzende Barth gab als erster einen kurzen Geschäftsbericht des verflossenen Jahres. Anschließend sprach Kollege Piehle zum Thema: „Unser gewerkschaftlicher Kampf in- und außerhalb der Betriebe. Wer geglaubt hatte, er würde Richtlinien oder Maßnahmen für den gewerkschaftlichen Kampf erfahren, mußte sich täuschen lassen. Man hörte nur allgemein bekannte Dinge, die jeden Metallarbeiter aus seiner Presse bekannt sind. Er streifte unter anderem auch das Abschneiden der Schichten, die 1918 noch mit uns waren und heute politisch einen anderen Weg gehen; das Bürgertum, und ein Teil der Angestellten. Aber warum dies so kommen mußte, ließ er unerwähnt. Uebergehend zum Krisenkongreß des ADGB mit seinem einzigen Punkt „Arbeitsbeschaffung" kam er zum Schluß zu den jetzt schon zu oft gehörten Worten: „Es ist jetzt schlecht, aber wir wollen hoffen, daß es wieder besser wird, damit wir wieder zurückerobern können, was wir verloren haben". In der Diskussion kam die Gegenseite zu Wort. Sie betonte in scharfen, aber sachlichen Worten den falschen Kurs des ADGB und der RGO. Die Wahlen zum Ortsausschuß, Kreisvertreter und Gewerkschaftskartell zeigte außer dem Kollegen Münch (SAP) keine neuere Besetzung. Am stürmischsten ging es zu bei der Ortsausschußwahl. Diese wurde mit 52 : 48 bei drei Stimmenenthaltungen wiedergewählt.

Bremerhaven

Selbstmord. Am 1. Mai erschoß sich ein etwa 23jähriger junger Mann vor dem Wohlfahrtsamt Bremerhaven. Die Gründe zu dieser Tat waren bis jetzt nicht zu erfahren. Bezeichnend ist jedoch, daß die hiesige Presse, die bürgerliche und die der SPD, in ihrer Montagsausgabe keine Notiz davon nehmen.

Greifswald

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der SAP beschäftigte sich mit dem Ergebnis der Landtagswahlen. Nach längeren Ausführungen des Genossen Zehm und der sich daran anschließenden überaus regen Diskussion war festzustellen, daß diese Wahl alle Genossen zur gesteigerten Aktivität aufgerüttelt hat. Alle waren sich darin einig, daß unsere Hauptarbeit nach den Wahlen zu beginnen hat. In unermüdlicher Kleinarbeit muß versucht werden, zumindest diejenigen Genossen zu erfassen, die am 24. April der SAP ihre Stimme gegeben haben. Die hierfür nötigen organisatorischen Aufgaben wurden genau durchgesprochen. Für die Landagitation wurden die Genossen Michaelis und Buchhester gewählt, die zur Mitarbeit noch einige Genossen heranziehen werden. In der Stadt selbst wird der Genosse Hannemann in der verkehrsreichen Gützkower Straße zu bestimmten Tageszeiten unsere Zeitungen öffentlich auslegen mit dem Ziel, einen eigenen Zeitungsstand aufzumachen. Außerdem wird im Mai ein Diskussionsabend im größeren Rahmen abgehalten werden. Als Vertreter für die außerordentliche Unterbezirkskonferenz in Anklam wurde der Genosse Ernst Schröder gewählt. Eine Anzahl Genossen, die an dieser Konferenz teilnehmen wollen, treffen sich mit den Rädern am Sonntagmorgen um 8 Uhr am Roßmarkt zur Fahrt nach Anklam.

Delitzsch

Mitgliederversammlung der SAP. An Stelle des verhinderten Genossen E. Heyen, Halle, sprach Genosse Stellfeld, Halle, über „Das Ergebnis der Landtagswahlen und unsere Stellung dazu". In 1½stündigen Ausführungen legte der Genosse die Situation dar. Der Beschluß der Funktionäre, den bisherigen Genossen Adamczak auszuschließen, wurde einstimmig gutgeheißen. Adamczak hat sich unproletarisches Verhalten zuschulden kommen lassen und wurde der Spitzelei bezichtigt.

Eisenbahner gegen weiteren Lohnraub. Im Reichsbahnausbesserungswerk fand eine Betriebsversammlung statt, in der Genosse Gebhardt über die Verhandlungen der geplanten Personalabbaumaßnahmen Bericht erstattete. Der gesamte Einnahmeausfall der Reichsbahn soll wiederum einseitig auf Kosten der Arbeiter ausgeglichen werden. Als Ausgleich plant die Reichsbahngesellschaft die Entlassung von rund 18 000 Werkstättenarbeitern oder Einlegung von zwei Feierschichten pro Woche oder Einführung des Krümpersystems, wonach jeweils ein Teil der Belegschaft auf zwei Monate mit Krümperlohn (das ist 20 Prozent des Nettoeinkommens) beurlaubt wird. Die Arbeitnehmervertreter forderten demgegenüber Herabsetzung der Arbeitszeit (die zum Teil noch 54—80 Stunden pro Woche beträgt) und Herabsetzung der Pensions-Altersgrenze. Diese Vorschläge wurden jedoch von der Verwaltung abgelehnt. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, immer wieder sämtliche Lasten auf die Arbeiter abzuwälzen, während die 300 000 Beamten und vor allem der obere Verwaltungsapparat vollständig verschont bleibt. Der Ausgang der Wahlen wird auch den Eisenbahnern noch teuer zu stehen kommen, wenn es nicht gelingt, die gesamte Arbeiterklasse in Kampffront gegen diese reaktionären Maßnahmen zu bringen. Die Versammlung nahm nach anschließender Aussprache eine entsprechende Entschließung an.

Sportschau der SAZ

Sport in Hessen-Mittelrhein

Fußball

Am Samstagabend standen sich die beiden Frankfurter Lokalrivalen Fr. T. Bockenheim und **VfL. 13** erneut im „Derby" gegenüber; die Bornheimer siegten diesmal mit 1:2 Toren. – **Der ASV. Westend Frankfurt** holte sich aus Mörfelden einen beachtlichen 3:2-Erfolg. – **ATSV. Egelsbach** schickte die gewiß nicht schlechte Elf Wixhausens mit einer 11:0-Packung nach Hause. — **Dagegen hatte** der Kreismeister Mannheim Mühle, in Gießen mit 2:1 zu bestehen. – **Weitere Ergebnisse:** FTG. Mainz—VfL. Mainz 1:1; Arheilgen—Münster 4:2; Kohlerstein-Raunheim 3:2; Bischofsheim—Griesheim 08 1:1, Bertram Frankfurt-Dorf Kassel 1:3; Ziegbruna—Handbach 0:1; Erbach—Hünterfurst 5:4; Kilianstadion—Hochstadt 4:1; Astheim—Leeheim 7:1; Bickenbach FTG. Pfungstadt 2:2; Groß-Karben—Rodheim 5:2; Arheilgen-Langen 5:1; Wetzlar—Altenkirchen 4:6; Dietesheim—Bruchköbel 5:1; Hanau 93-Kilian-Stadion 3:2; Roßdorf-Langenselbold 3:1; Bischofsheim—Nieder-Dorfelden 1:4; Hertha-Höchst—Fichte-Frankfurt 7:8.

Handball

Frankfurt-Bockenheim—Fr. T. Offenbach 9:2; Sprendlingen—AWV. Offenbach 6:2; Frankfurt-Sachsenhausen 94—Niederrad 6:2; Auswahlelf Mainz-Wiesbaden—Bierstadt 8:5; Bierstadt—Wiesbaden (Abt. I) 10:6; Höchst a. M.—Bossenheim 1933.

Die Freie Turnerschaft Nord-Frankfurt a. M.

holt am kommenden Sonntag ihr „Ausspielen" auf dem Sportplatz Rosenggerstraße ab. Morgens 9 Uhr beginnen die sportlichen Mehrkämpfe für alle Sparten; ab 2 Uhr nachmittags finden Einzel- und Mannschaftskämpfe der Leichtathleten statt, wozu die Frankfurter Brudervereine eingeladen sind. Als Abschluß steigt um 17 Uhr ein Handballspiel Fr. T. Nord—VfL. 13 Bornheim.

Kleine Sportnachrichten.

Freie Turnerschaft Nord-Frankfurt a. M.: Samstag, 7. Mai, 20 Uhr, auf dem Sportplatz: Vorstands- und Funktionärsitzung!

Organisationsnachrichten

SAP Hamburg: Alle SAP-Buchdrucker erscheinen in der Versammlung des Verbandes Mittwoch, 4. 5., 20 Uhr, Gewerkschaftshaus, großer Saal.

SAP Düsseldorf, Distrikt Flingern: Funktionärsitzung Mittwoch, 4. Mai, bei Weilraff, Lindenstr. 40. Beginn: 20 Uhr. — **Schutzbund:** Sonntag, 8. Mai, Treffpunkt 8 Uhr, Stauffenplatz. Tagesausflug Richtung Angertal; Brotbeutelverpflegung. Sportkleidung mitbringen. Für Ratingen besonderer Treffpunkt.

SAP Ortsverein Ratingen: Samstag, 7. Mai, Ausflug des Schutzbundes Ratingen gemeinsam mit Düsseldorf. Treffpunkt 18 Uhr, Volkshaus Ratingen; Brotbeutelverpflegung. Sportkleidung und Zelte mitbringen. Jugend beteiligt sich.

SAP Düsseldorf: Bildungskurse: Montag, 9. Mai, 20 Uhr, „Das Rätesystem", 1. Abend. Referent: Genosse Reichenbach. Der Kursus findet beim Genossen Katzenstein, Antoniusstr. 15, statt. Dienstag, 10. Mai, 20 Uhr, bei Katzenstein Fortsetzung des Referenten-Schulungskursus. Referenten: Genossen Hecht und Künster — **Oberkassel:** Dienstag, 10. Mai, 20 Uhr, Pariser Str. 149: „Einführung in die politische Oekonomie", Gen. Reinmuth. — **Garresheim:** Donnerstag, 12. Mai, 20 Uhr, bei Hartmann „Politische Oekonomie", Gen. Reinmuth.

SAP Ortsverein Düsseldorf: Freitag, 6. Mai, Gewerkschaftsversammlung, 20 Uhr, im Lokal Taunus, Wehrhahn 70. Vollzählig zur Stelle!

SAP Unterbezirk Hanau: Donnerstag, 5. Mai, vormittag 9 Uhr, in Hüttengesäß, Wirtschaft Ph. Köhler, Bahnhofstraße, wichtige Unterbezirks-Besprechung. Auch sympathisierende Genossen aus den Kreisen Hanau, Helmhausen, Schlüchtern und Büdingen können teilnehmen.

SAP Langenbergheim, Büdingen-Land: Freitag, 6. Mai, Wirtschaft Kreft, öffentliche Versammlung. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Galm, Offenbach.

SAP Wesermünde-Bremerhaven: Mitgliederversammlung Montag, 9. Mai, 20 Uhr, bei Karl Regge, Bremerhaven, Grabenstraße. — Das Parteiabzeichen, das eingetroffen ist, wird in der Versammlung ausgegeben.

Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Duisburg: Sonnabend, 7. Mai, 20 Uhr, in der „Börse", Gesellschaftszimmer, Vortrag Lehrer P. A. Knab aus Köln: „Die Wahrheit über den chinesisch-japanischen Konflikt". Aussprache.

Maifeiern im Reich

Wir tragen zu unseren gestrigen Berichten folgende Meldungen über Maifeiern der SAP im Reiche nach:

Die Abendveranstaltung unserer Partei in Düsseldorf wurde zu einem wuchtigen Bekenntnis für die proletarische Revolution. Im Mittelpunkt der überfüllten Kundgebung in der Aula der Severing-Oberrealschule stand die Festrede des Genossen August Siemsen, Berlin. Die SJV-Revue „Kampfbereit" unterstrich in eindrucksvoller Weise die Ausführungen des Referenten. Die Feier wurde in würdiger Weise durch Gesangsvorträge und sportliche Darbietungen umrahmt.

*

Für den erkrankten Genossen Klaus Zweiling, der ein Begrüßungsschreiben übersandt hatte, hielt in Hannover Genosse Otto Brenner die Ansprache, in der er auf die Bedeutung gerade dieses 1. Mai hinwies. Die Spieltruppe „Rote Kolonne" gab der Abendveranstaltung durch Aufführung einer politischen Revue ein besonderes Gepräge.

*

Wie üblich, veranstalteten in Anklam der Gewerkschaftsbund und andere Arbeiterorganisationen eine Maifeier. Zur Demonstration hatten sich etwa 1000 Proletarier eingefunden. Die Kommunisten waren nicht zu einer gemeinsamen Kundgebung zu bewegen gewesen. Sie hatten bereits am Vormittag einen Umzug mit recht schwacher Beteiligung durchgeführt.

*

Der SJV in Karlsruhe veranstaltete am Vorabend des 1. Mai eine revolutionäre Maifeier. Dem Genossen Rudolf gelang es ausgezeichnet, mit seinem Referat für unsere Idee zu werben. Bemerkenswert ist, daß sich KJ und SAJ am 1. Mai nicht an die Oeffentlichkeit mit einer eigenen Veranstaltung gewagt hatten. An der Gewerkschaftsdemonstration beteiligten sich etwa 2000 Personen.

*

Bei der Maikundgebung in Hamburg hielt im voll besetzten großen Saal im Volkshaus Hammerbrook der Vorsitzende des Hamburger Ortsvereins, Genosse Heinrich Stahmer, eine wirkungsvolle Ansprache. Die Kundgebung war ein klares Bekenntnis zur roten Einheitsfront.

*

Aus allen Himmelsrichtungen waren Gruppen von Teilnehmern zu der Maikundgebung in Dortmund zusammengeeilt. Der Festakt wurde eingeleitet durch das „polnische Arbeiterlied", das von Angehörigen des SJV vorgetragen wurde. Die Festansprache hielt Hein van Wijk, Mitglied der Unabhängigen Sozialistischen Arbeiterpartei Hollands. Er überbrachte die herzlichsten Grüße der holländischen Bruderorganisation und berichtete vom Haarlemer Parteitag der holländischen Sozialdemokratie, auf dem es zur Gründung der neuen Partei kam. Unter Vorantritt eines Fanfarenkorps ging es am Abend wieder nach der Stadt zurück.

*

Ueber eine eindrucksvolle Maidemonstration wird uns aus Linden-Dahlhausen berichtet. Dort hielt der Genosse Lohoff eine mitreißende Eröffnungsrede. Auf dem Marktplatz in Dahlhausen wurde vor der großen Teilnehmerzahl ein Prolog: „Prolet, greif zu!" vorgetragen. In der gutbesuchten Abendveranstaltung sprach Genosse Malicha über die Geschichte der Maifeiern.

*

An diesem 1. Mai zogen in Plauen drei Demonstrationszüge auf. Die SAP hatte bis zur letzten Minute versucht, durch Verhandlungen zu erreichen, daß dieses Schauspiel der Zerrissenheit innerhalb der Arbeiterschaft verhütet würde. Deshalb mußte die SAP zu einer eigenen Demonstration aufrufen, die einen glänzenden Eindruck hinterließ. An der Abendveranstaltung der SAP, in der Genosse Walcher, Berlin, die begeisternde Ansprache hielt, waren 700 Personen anwesend.

*

In Treuen im Vogtland wurde eine Demonstration unter freiem Himmel abgehalten, Genosse Walcher, Berlin, sprach vor mehreren hundert Personen.

*

Ebenso in Mylau-Reichenbach in der Turnhalle vor etwa 500 Anwesenden. Am Vormittag hatte hier bereits eine wirksame Demonstration stattgefunden.

*

Am Demonstrationszug durch Delitzsch, der unter revolutionären Forderungen des Tageskampfes marschierte, nahmen weit über 200 Personen teil. Auf dem Marktplatz hielt Genosse Emil Heyen, Halle (Saale), eine kurze wirksame Ansprache. Am Abend sprach Genosse Gebhardt in einer Kundgebung der Gewerkschaften.

*

Zu der Rautenkranzer Maikundgebung waren die Falkensteiner Genossen mit Angehörigen sehr zahlreich erschienen und verhalfen dadurch unserer Veranstaltung zu einem guten Erfolg. Die Festrede hielt Genosse Felix Unger-Eibenstock.

*

In Schneeberg marschierten etwa 230 Genossen aus Zschorlau, Neustädtel und Schneeberg. Die Abendveranstaltung war außerordentlich gut besucht. Genosse Gerber ließ in seiner Maiansprache die Geschichte des 1. Mai Revue passieren.

*

Diese Berichte geben nur einen Teil der Aktivität der SAP am 1. Mai wieder, aus der Mehrzahl der Orte, wo die SAP selbständig aufgetreten ist, liegen uns Resultate noch nicht v

Die Kundgebungen im Ausland

Massenverhaftungen in Budapest

Der 1. Mai ist in Budapest im allgemeinen ruhig verlaufen. Die Sozialdemokraten veranstalteten am Vormittag eine Kundgebung. Die Polizei nahm Verhaftungen vor. Insgesamt wurden im Laufe des Tages 103 Personen von der Polizei gestellt.

Zusammenstöße in der Tschechei

Auch in der Tschechoslowakei kam es in einigen Orten zu Zusammenstößen mit der Polizei. In Prag marschierten die tschechischen Nationalsozialisten, die tschechischen Sozialdemokraten und die tschechischen Kommunisten zuweilen nebeneinander über den Wenzelplatz zur Maiversammlung. Im Zuge der tschechischen Sozialdemokraten marschierten auch etwa 600 deutsche Sozialdemokraten, die Transparente trugen mit Aufschriften wie „Nie wieder Krieg, Proletarier aller Länder vereinigt euch!" Bei den kommunistischen Versammlungen auf dem Republikplatz sprachen auch deutsche Arbeiter. Störungsversuche tschechischer Nationalisten schlugen fehl

Und Tote in Bulgarien!

TU. Sofia, 2. Mai 1932.

Trotz des strengen Demonstrationsverbotes versuchten die Kommunisten an vielen Stellen Maifeiern abzuhalten. Sie wurden jedoch von der Polizei ohne größere Zwischenfälle daran gehindert. In den Dörfern Preslaw und Toros mußte Militär zur Wiederherstellung der Ordnung herangezogen werden. Durch scharfe Schüsse wurden zwei Demonstranten getötet und mehrere verletzt.

Zwei Tote in Sevilla

TU. Madrid, 2. Mai 1932.

Der 1. Mai ist in ganz Spanien, abgesehen von kleineren kommunistischen Demonstrationsversuchen, ruhig verlaufen. Nur in Cordoba und Sevilla kam es zu Zusammenstößen zwischen den Kommunisten und der Polizei. Dabei blieben zwei Tote und zehn Schwerverletzte auf dem Platze. Zahlreiche Personen wurden leicht verwundet. In Madrid und Barcelona war der Verkehr gänzlich stillgelegt.

Tote auch im Dombrowaer Industriebezirk

TU. Kattowitz, 1. Mai 1932.

Die Maikundgebungen in der Wojewodschaft Schlesien sind verhältnismäßig ruhig verlaufen. Die Umzüge wiesen teilweise eine erheblich stärkere Beteiligung auf als in den vergangenen Jahren.

Zu blutigen Ausschreitungen kam es bei den Maifeiern im Dombrowaer Industrierevier, wo bei einem Zusammenstoß mit der Polizei zwei Teilnehmer der Kundgebungen getötet und einer schwer verletzt wurde.

TU. Warschau, 1. Mai. Da in Warschau die Kommunisten wiederholt versuchten, Kundgebungen und Umzüge zu veranstalten oder die Sozialisten zu stören, kam es zu kleinen Zusammenstößen. In allen Fällen gelang es der Polizei, die Kommunisten zu zerstreuen. Insgesamt dürften über 60 Kommunisten, Männer und Frauen, verhaftet worden sein. Da die Polizei verschiedentlich mit blanker Waffe vorging, gab es Verletzte. Ferner kam es zwischen einer sozialistischen Umzugsgruppe und mehreren Kommunisten zum Handgemenge, dem die Polizei ein Ende bereitete. Zwei Kundgeber trugen hierbei erhebliche Verletzungen davon.

TU. Warschau, 1. Mai 1932.

Für die Maifeier waren in ganz Polen weitgehendste Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. In Warschau, Lodz und anderen größeren Industriestädten war die Polizei schon am Sonnabend in erhöhtem Alarmzustand. In allen Gegenden des Landes wurden führende Kommunisten verhaftet, Werbeschriften beschlagnahmt, Versammlungen aufgelöst und verboten und geheime Parteilokale geschlossen. In mehreren Ortschaften des Kohlenbeckens wurden zahlreiche Haussuchungen durchgeführt und weit über 60 Personen wegen kommunistischer Werbetätigkeit verhaftet.

Frauen und Kinder niedergetreten

TU. New York, 30. April. Bei kommunistischen Kundgebungen in Philadelphia kam es in drei verschiedenen Stadtteilen zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Da es den Polizisten mit ihren Knüppeln allein nicht gelang, die Volksmengen auseinanderzutreiben, so wurde die Feuerwehr mit Wasserstrahlen eingesetzt. Bei dem entstehenden Gedränge wurden viele Frauen und Kinder niedergetreten. Bisher zählt man 50 Verletzte, darunter vier Schutzleute. 50 Personen wurden festgenommen.

Australische Labourführer niedergeschlagen

TU. Melbourne, 1. Mai 1932

Bei der Maifeier in Melbourne kam es zu schweren Unruhen. Ein Demonstrationszug von 5000 Personen marschierte nach Yarrabank, wo verschiedene Reden gehalten wurden. Unter den Rednern befanden sich auch der Ministerpräsident von Victoria, Tunnecliffe, ferner der Präsident der Victorianischen Arbeiterpartei, Cameron, und der Präsident des Handelsdepartements, die von einem inmitten der Menge stehenden Lastwagen zu sprechen versuchten. Die Menge brach jedoch in laute Protestrufe aus, stürmte den Lastwagen und warf den Ministerpräsidenten und seine Begleiter zu Boden. Einer der Angreifer schlug auf den Ministerpräsidenten ein, so daß dieser mehrere Wunden am Kopfe, darunter eine Verletzung unter den Augen erlitt

Feuerwehrspritzen gegen Kommunisten

TU. Ontario, 2. Mai 1932

Anläßlich der Maifeier kämpften in Hamilton (Kanada) Polizei und Feuerwehr drei Stunden lang gegen 10 000 Kommunisten, die trotz Verbotes eine Kundgebung veranstalteten. Die Menge zerstreute sich erst als die Feuerwehr alle Spritzen mit Hochdruck gegen sie einsetzte.

KPD-Führer Argentiniens getötet!

TU. Buenos Aires, 2. Mai 1932

Anläßlich der Maifeier in Argentinien kam es in Cordoba zu Straßenkämpfen zwischen den Extremisten und der Zivilgarde. Der Kommunistenführer Hernandez wurde getötet.

Copyright by AGIS-VERLAG, Berlin-Wien, 1931. Alle Rechte, insbesondere die des Nachdrucks, der Uebersetzung und Radioverbreitung, vorbehalten.

Am Donnerstag geschah folgendes:

An der Mühlendammschleuse, gerade zwischen der Städtischen Sparkasse und dem Amt für Gesundheitswesen, sprang die Ehefrau Sch. mit ihren beiden Kindern, zwei und drei Jahre alt, ins Wasser. Die Feuerwehr, sofort herbeigerufen, rettete die Frau und ein Kind, das Mädchen, noch lebend, der dreijährige Junge war tot. Nach den polizeilichen Ermittelungen waren Ehestreitigkeiten und Nahrungssorgen die Ursache.

Zweihundert Meter weiter, eine Stunde später, vergiftete sich mit Gas das Ehepaar B., Sozialrentner, dreißig Mark Rente, zwanzig Mark Zuschlag.

Die siebzehnjährige Helene K. sprang aus dem Fenster der elterlichen Wohnung im zweiten Stockwerk, weil sie in Fürsorge untergebracht werden sollte. Knochenbrüche, Gehirnerschütterung. Lebensgefahr.

Der Zugbegleiter M. wird von eiligen Menschen auf der Hochbahnstation Hallesches Tor unter die Räder des ausfahrenden Zuges gestoßen, zermalmt.

Tempo! Tempo! Zweite Ausgabe! Im Anschluß an eine Versammlung von Arbeitslosen, die auf dem Neuen Markt stattfand, versuchte ein Zug von etwa 1000 Menschen mit den Rufen: Hunger! Hunger! zum Rathaus vorzudringen. Die Polizei mußte den Zug mit dem Gummiknüppel auflösen.

Am Wedding in der Schulstraße wurden die Scheiben eines Buttergeschäftes von Arbeitslosen eingeschlagen und Butter und Margarine lose und in Paketen gestohlen.

Ferner verzeichnet der Polizeibericht: sechs schwere Einbrüche. In einem Falle erbeuteten die Diebe für fünfundzwanzigtausend Mark Seidenstoffe.

Bei Frau Direktor H. wurde Schmuck im Werte von etwa dreißigtausend Mark gestohlen. Wie bei der sofort eingeleiteten Untersuchung festgestellt werden konnte, sind die Diebe hereingefallen: sie haben nur den unechten Schmuck gefunden. Der echte Schmuck war in einem geheimen Safe sicher verwahrt.

Man ist einer Bande von jugendlichen Ladendiebinnen auf die Spur gekommen, die seit eineinhalb Jahren systematisch die Warenhäuser bestiehlt. Die Anführerin der Bande ist sechzehn Jahre alt.

Das Asyl für Obdachlose ist auch heute abend wieder überfüllt.

Dem Jugendgericht Berlin-Mitte, Neue Friedrichstraße, wurden heute wieder, wie jeden Tag, fünfzehn jugendliche Uebeltäter vorgeführt. Sie wurden zu Geldstrafen und zu Gefängnis, mit und ohne Bewährungsfrist, verurteilt oder freigesprochen. Je nachdem . . .!

In der letzten Nacht wurden sieben Automobile gestohlen, zwei Raubüberfälle begangen. Die Feuerwehr wurde elfmal alarmiert. Zwei größere Brände, Dachstuhl ausgebrannt, sind ohne Zweifel auf Brandstiftung zurückzuführen.

Die Morgenzeitung teilt mit, daß es etwa dreihundert Cliquen gibt, in denen sich etwa sechzehntausend Jugendliche zusammengeschlossen haben. Vorwiegend handele es sich um Wandervereinigungen. Ein großer Teil aber seien ausgesprochene Verbrecherbünde.

Fast alle Jugendlichen treiben sich obdachlos umher.

Die Nachtausgabe! Letzte Ausgabe! Vier schwere Verkehrsunfälle heute, zwei Tote, drei Schwerverwundete. Vor dem Hause Berliner Straße 117 wurde heute vormittag die sechsjährige Inge R. von einem Lastauto überfahren und tödlich verletzt. Seit drei Tagen ist die elfjährige Schülerin Grete K. spurlos verschwunden. Sie war mit einem blauen Schulkleid, grauen Strümpfen, braunen Schuhen bekleidet. Dunkler Bubikopf, graublaue Augen. Es besteht die Möglichkeit, daß sie einem Sittlichkeitsattentat zum Opfer gefallen ist. Die Polizei bittet um zweckdienliche Mitteilungen.

Achtung, Achtung! Berlin, Stettin, Königswusterhausen! Meine Damen und Herren! Wir geben jetzt die genaue Zeit an. Achtung, Achtung! Es ist jetzt genau dreiundzwanzig Uhr neun Minuten.

*

In dieser Minute fiel im Tiergarten der Arbeitsbursche Hans Schulz im Schlaf von der Bank. Ach so! Ja, er war ja nicht mehr zu Hause. Ach so, ja, er schlief ja jetzt im Tiergarten auf einer Bank. Verdammt, ist das kalt. Und der Kohldampf . . .

Von der Charlottenburger Chaussee her tanzen die Lichter der Straßenbeleuchtung. Autos rauschen vorüber. Autos, viele Autos. Stumpf und bewegungslos starrt Hans nach den Lichtern. Wieder dahin?

Nee, nee! —

Was denn? —

Hierbleiben? Die Bank war naß. Es nieselte ein bißchen von den Bäumen. Die Beine waren kalt.

Und der Kohldampf . . . Im Gebüsch raschelt und knackt es.

Jetzt wurde Hans wach.

Polizei? —

Es ging ein Mensch vorüber. Der Kies knirschte: rrch, rrch. Der Mensch kam langsam näher, blieb stehen, ging langsam weiter.

Hans atmete kurz. Starrte in das Dunkel. Aber es war niemand zu sehen.

War das Polizei?

Natürlich war das Polizei!

Abfahrt. Fort. Durch den Tiergarten. Heraus, unter Menschen.

Los, los . . .

Aber Hans stand noch immer. Die Beine bewegten sich nicht, sie wollten nicht mehr. Sie waren ja kalt und steif. Hans hatte geschlafen und die Bank war hart. Aber dann ging es plötzlich doch. Da kamen Stimmen und die Beine bewegten sich: tapp und tapp.

Und dann wieder stillstehen und horchen.

Eine Männerstimme.

Polizei?

Gewiß! Los! Es ging schon besser. Der Arbeitsbursche Hans Schulze war wieder im Takt. Er lief wieder wie aufgezogen. Wie im Geschäft: Straße entlang. Straßenbahn. Einsteigen. Aussteigen. Straße entlang. treppauf: „Guten Tag. Abzugeben von Friedländer, Königstraße. Wollen Sie bitte den Lieferschein unterschreiben. Danke schön. Auf Wiedersehen." Treppab. Einen Groschen Trinkgeld, keinen Groschen Trinkgeld. Mal ist was, mal ist nichts.

Hier ist das Brandenburger Tor. Oben saust die Siegesgöttin mit ihrem Wagen davon.

Achtung. Rechts ist die Polizeiwache. Also auf die andere Seite! —

Nicht doch. Gehste rüber, fällste erst recht auf.

Kein Schupo zu sehen.

Aber ein Herr, sehr elegant, satt, mustert ihn von der Seite. Hans zuckt zusammen. Ein Kriminalbeamter?

Langsam weitergehen, nicht rennen, nicht umsehen.

Die drohende Katastrophe der Gemeinden

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen wächst weiter

Die Berichte der Arbeitsämter sowie die Berichte der Bezirksfürsorgeverbände für Ende März lassen ein weiteres Steigen der Zahl der Wohlfahrtsunterstützten erkennen, die in geradezu katastrophaler Weise weiter anwächst. Bei den **Arbeitsämtern** wurden gezählt:

	März 1932	gegenüber Februar 1932	gegenüber März 1932
Arbeitslose	6 631 500	– 96 000	+ 1 287 600
Versicherungsunterstützte	1 578 900	272 700	– 738 100
Krisenunterstützte	1 744 300	+ 70 400	+ 820 800
Wohlfahrtserwerbslose	**1 948 000**	**+ 115 100**	**+ 1 007 000**
Nichtunterstützte	760 300	— 9 700	+ 180 000

Nach den Berichten der **Bezirksfürsorge-Verbände** ergibt sich noch ein weit größeres Anwachsen der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen. Sie melden

2 120 000 Wohlfahrtserwerbslose Ende März 1932,

um 125 609 mehr als Ende Februar 1932 und um 1 088 125 mehr als Ende März 1931.

Diese Zahlen zeigen, daß die Unterstützung der Erwerbslosen immer mehr von der Krisenfürsorge und von den Wohlfahrtsämtern getragen werden. Während im März 1931 auf 1000 Einwohner 16,5 Wohlfahrtserwerbslose kamen, waren es im März 1932

34,0 Wohlfahrtserwerbslose auf 1000 Einwohner.

Diese Last erdrückt die Gemeinden und beschwört die Gefahr ihres völligen finanziellen Zusammenbruches immer drohender herauf. Denn sie haben nicht nur die Ausgaben für die Wohlfahrtserwerbslosen zu tragen, **sondern auch ein Fünftel der Beträge für die Krisenfürsorge.** Trotz der ständigen Herabsetzung der Unterstützungssätze für die Wohlfahrtserwerbslosen und trotz rücksichtsloser Drosselung aller sozialen und kulturellen Ausgaben **sind die Gemeinden immer weniger in der Lage, die erforderlichen Mittel aufzubringen.** Von seiten der Unternehmer und der Regierung wird das benützt, um unter dem Schlagwort „Vereinheitlichung der Erwerbslosenfürsorge" die Unterstützungssätze in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge auf die Sätze der Wohlfahrtsunterstützung herabzudrücken. Die Arbeiterschaft muß diesen Plänen den schärfsten Widerstand entgegensetzen. Die Entlastung der Gemeinden muß erfolgen durch die Erkämpfung eines **Moratoriums für alle Zins- und Tilgungszahlungen der Gemeinden und Gemeindebetriebe, durch Besitz- und Luxussteuern** zugunsten der Gemeinden, durch ein **Notopfer** auf alle Einkommen über 8000 RM. und alle Vermögen über 20 000 RM. und andere **Sanierungsmaßnahmen zu Lasten des Besitzes.** Die Vereinheitlichung der Erwerbslosenfürsorge muß erfolgen unter Rückgängigmachung aller bisherigen Verschlechterungen der Erwerbslosenunterstützung, Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge und Zahlung ausreichender Unterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit. Dafür müssen alle Arbeiterorganisationen, insbesondere die Gewerkschaften, den Kampf führen.

Zwickauer Bauarbeiter gegen Lohnabbau

BGB-Angestellter Heß begünstigt Lohnraub

Die Zwickauer Bauunternehmer versuchen mit allen Mitteln, die Löhne der Bauarbeiter zu drücken. So sollen die Maurer und Zimmerleute gezwungen werden, für 75 Pfennig die Stunde zu arbeiten (bisher 1,10 M.) und die Bauhilfsarbeiter für 61 Pfennig (bisher 93 Pfennig).

Der Baumeister Leutsch legte den bei ihm beschäftigten Arbeitern einen dementsprechenden Revers zur Unterschrift vor. Hierbei spiegelt Leutsch falsche Tatsachen vor, indem er erklärte, die Arbeiter auf anderen Baustellen hätten bereits unterschrieben. Die Bauarbeiter lehnten jedoch die Unterschrift ab. Auf sofortigen telephonischen Anruf beim Baugewerksbund forderte der Angestellte des BGB Willi Heß auf, den Revers unter Vorbehalt zu unterschreiben, damit die Arbeiter ihre Arbeit behalten könnten. Im übrigen hätte er großes Vertrauen auf den Schlichter. Doch nur zwei Arbeiter unterschrieben, während alle anderen es nach wie vor ablehnten. In der Zwischenzeit war der Vorsitzende des Zimmererverbandes, Arno Weigel, auf die Baustelle gekommen. Weigel ist ebenso wie Heß SPD-Mitglied. Er jedoch erklärte, daß, wenn die Bauarbeiter unterschrieben, sie den Zimmerleuten in den Rücken fallen würden. Denn die Zimmerleute lehnten es ganz entschieden ab, auch nur unter Vorbehalt zu unterschreiben. Bemerkenswert war noch, daß Arno Weigel sagte, Heß würde immer in Lohnfragen gegen die Interessen der Arbeiter handeln und stets im Sinne der Unternehmer entscheiden. Bei einem nochmaligen Telephongespräch mit Heß vom Baugewerksbund erklärte dieser nun unter Druck von Arno Weigel, wo es geht, nicht zu unterschreiben.

Die Angelegenheit wurde aber auf der Baustelle immer brenzliger. Die RGO hatte bereits Streikbeschluß gefaßt, jedoch der Angestellte der Bauarbeiter, Heß, hatte sich noch immer nicht auf die Baustelle bemüht.

Als er dann endlich kam, stritt er sich zunächst mit einem unorganisierten Bauarbeiter herum. Und weil der ihm zu verstehen gab, daß er für seine Verräterei die Fresse voll gehauen verdiene, machte Willi Heß kehrt, setzte sich wieder auf sein Rad und fuhr, ohne mit dem Delegierten der Baustelle oder einem organisierten Arbeiter gesprochen zu haben, davon. Durch einen ihm nachgeschickten Lehrling ließ er erklären: „Wenn ihr was wollt, dann kommt zu mir auf die Geschäftsstelle."

Wie sich die Dinge bei den Zwickauer Bauarbeitern noch entwickeln, ist augenblicklich noch nicht zu übersehen. Die Bauarbeiter seien jedenfalls gewarnt vor der eigenartigen Praxis ihres Verbandsvertreters Heß und zur größten Wachsamkeit ihm gegenüber aufmerksam gemacht. Bauarbeiter, seid auf dem Posten. Haltet euren Kollegen, den Zimmerleuten, Solidarität!

Dämmert es?

Der „Freie Angestellte" gegen die Tolerierungspolitik?

Das Wachsen der faschistischen Gefahr scheint endlich, wenn auch noch vereinzelt und verspätet, in den Köpfen einzelner reformistischer Führer die Erkenntnis dämmern zu lassen, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Der „Freie Angestellte", das Organ des Zentralverbandes der Angestellten, nimmt in seiner Nummer vom 1. Mai zu dem Ergebnis der Landtagswahlen Stellung. Er stellt dabei das für die SPD günstige Resultat in Berlin dem ungünstigen Ergebnis im Reich gegenüber und schreibt dazu:

„Daraus sind nun **mit allem Nachdruck die Konsequenzen zu ziehen,** nicht bloß in den Propagandaabteilungen, sondern in den Gremien, die die politische Haltung der Partei bestimmen. Dabei ist gar nicht nötig, daß große Schwenkungen vorgenommen werden (??): **eins nur muß sein und wird auch kommen: daß die unbedingte Tolerierungspolitik, gegen deren Aufrechterhaltung um jeden Preis sich ja der „Freie Angestellte" vor Monaten bereits mit aller Schärfe gewandt hat, nun endlich einer gründlichen Revision unterzogen wird."**

Diese Erkenntnis bleibt noch am Anfang des Weges stecken. Es dämmert dem Verfasser des Artikels zwar, daß die Tolerierungspolitik die Quelle des faschistischen Vormarsches ist, aber er wagt nicht, die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis zu ziehen. Er wendet sich nur gegen die „unbedingte Tolerierungspolitik", nicht gegen die Tolerierung überhaupt. **Aber sogar mit einer völligen Preisgabe der Tolerierungspolitik wäre nichts gewonnen, wenn sie rein parlamentarisch bleibt.** Nur dann ist sie wirklich ein Schritt vorwärts, wenn sie verbunden ist mit der Aufnahme des außerparlamentarischen Kampfes.

Das erfordert gerade auch vom ZdA, wenn die Erkenntnis im „Freien Angestellten" nicht eine leere Phrase sein soll, **eine Aenderung seines Gewerkschaftskurses und die Aufgabe aller Ausnahmegesetze und Schikanen gegen die oppositionellen Gewerkschaftsmitglieder.**

Bauarbeiterstreik in Leipzig

TU. Leipzig, 3. Mai 1932

Die hiesigen Bauarbeiter sind auf Anweisung ihres Verbandes am Montag in den Ausstand getreten.

Nach Mitteilung des Arbeitgeberverbandes ist vom Reichsarbeitsminister ein Sonderschlichter beauftragt, die Bauarbeiterlöhne ab 1. Mai neu festzusetzen, nachdem der durch Spruch des Landesschlichters vom 1. Januar 1932 auf 1,17 RM. für Leipzig festgesetzte Maurerstundenlohn vom Reichsarbeitsminister nicht für allgemein verbindlich erklärt worden ist, weil der Lohn im Baugewerbe „übersetzt sei" (!). Wie die Arbeitgeber weiter mitteilen, haben sie den Arbeitern ab 2. Mai Abschlagzahlungen bis zur erfolgten Neuregelung des Tarifs angeboten. Dieses Angebot haben die Arbeiter ausgeschlagen und sind in den Streik getreten.

Aussperrung gefährdet dänische Valuta

Durch die Aussperrung in den dänischen Schlachtereibetrieben sind die dänischen Devisenschwierigkeiten ins Riesenhafte gestiegen. Am heutigen Sonnabend hat eine Kabinettssitzung mit den Leitern der Nationalbank stattgefunden, deren Ergebnis noch nicht bekanntgegeben ist. Auf jeden Fall wird die dänische Ausfuhr um weitere zwei Fünftel gedrosselt werden müssen. Für den Inlandfleischmarkt besteht vorläufig keine Gefahr. Die gesamte Presse sieht sehr schwarz. Man spricht von einem Selbstmord der dänischen Landwirtschaft und der dänischen Ausfuhr nach England. Im ganzen sind durch die Aussperrung am ersten Tage 10 000 Leute arbeitslos geworden.

Es geht, wie bereits vorausgesagt, jetzt um die dänische Valuta. Da England die dänischen Lieferungen in Pfund bezahlt, der dänische Erzeuger aber das Pfund an die dänische Devisenzentrale zum amtlichen Kurs abliefern muß, verlangt der dänische Fleischproduzent freie Devisennotierung, die aber die Regierung nicht zulassen will. Da weiter der dänische Bauer Kronenschulden hat, liegt ihm daran, den dänischen Kronenkurs herunterzudrücken, also eine Inflation heraufzubeschwören.

Schaeffer wird Ullstein-Direktor. Der Staatssekretär Schaeffer, über dessen Rücktritt wir berichtet haben, wird, wie jetzt bekannt wird, die Stellung eines Generaldirektors im Ullsteinverlag übernehmen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Herbert Duckstein, für Inserate Johannes Hoffmann. Verlag Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.b.H. Druck Georg Koenig sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ" Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montags

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM. 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM. 2,10 und RM. —,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM. 2,10 und RM. —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM. 2,10 monatlich zuzüglich RM. 1,30 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete

Zahlungen sind zu leisten an den „Sichel-Zeitungs-Verlag" G. m. b. H., Postscheckkonto Berlin Nr. 399 82.

Staats-Theater

Oper U. d. Linden
Mittwoch, 4. Mai 19.30 — gegen 22 Uhr
Ariadne auf Naxos

Schauspielhaus a. Gendarmenmarkt
Mittwoch 4. Mai 20 — 22.30 Uhr
Die endlose Straße

Schillertheater
[illegible]
Mittwoch, 3. Mai 20 — gegen 23 Uhr
Cyrano von Bergerac

Volksbühne Theat. a. Bülowpl.
D 1 Norden 2046
Mittwoch, 4. Mai 8 Uhr.
Sturm im Wasserglas

Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: Weichsel 3472
Mittwoch, 4. Mai 6 und 9 Uhr:
Die Frau die jeder sucht

Werbt für die SAZ

Theater des Weddings
Müller-, Ecke Seestraße
Des großen Erfolges wegen verlängert!
Hans Albers, Käthe v. Nagy in
Der Sieger
dazu:
Aufforderung zum Tanz
mit Eugen Rex
Himmelfahrt, vorm. um ½12 Uhr:
Große Matinee
Amerika, das Land der unbegrenzten Möglichkeiten

Münz-Theater
Münzstr. 10
Tonfilm-Tageskino
2 Herzen und 1 Schlag
mit Lilian Harvey
dazu Pat und Patachon in
Knall und Fall

Pharus Lichtspiele
Müllerstraße 142
Der gewaltigste Tonfilm aller Zeiten
Trader Horn
dazu.
Madame Satan
amerikan. Ausstattungs-Revue-Tonfilm in deutscher Sprache
Himmelfahrt ab 3 Uhr

PRATER Lichtspiele
Kastanienallee 7/9
Hochbahnhof Danziger Straße Autobus 9
Hygiene der Ehe
mit persönlichem Vortrag von Dr. Jakobson
Himmelfahrt:
Männer um Lucie
Ein reizendes Lustspiel mit Liane Haid

Elysium - Lichtspiele
Prenzlauer Allee 56
Das große Doppelprogramm
Jenny Jugo in
5 von der Jazzband
dazu
Siegfried Arno, R. A. Roberts in
Der schönste Mann im Staate
Himmelfahrt:
Gitta Alpar, Gust. Fröhlich in
Gitta entdeckt ihr Herz
Sonntag 3 Uhr, große Jugendvorstellung

M·I·L·A Lichtspiel-Palast
Schönhauser Allee 130
Bis Donnerstag, den 5. Mai:
Willy Forst als
Peter Voss, der Millionendieb
dazu auf der Bühne das große lustige Ausstattungs-Singspiel
Geisha-Abenteuer
unter Mitwirkung bekanntester Künstler Berliner Bühnen und das große Mila-Theater-Orchester
Himmelfahrt: 3.15 Uhr

Lichtspiele am Stettiner Bahnhof
Invalidenstraße 127
Tonfilm-Tageskino
Harra, ein Junge
und
Submarine
Die neueste tönende Wochenschau

Nichtraucher
Garantiert in 8 Tagen! Auskunft kostenlos!
Sanitas - Depot, Halle (Saale) 95 K

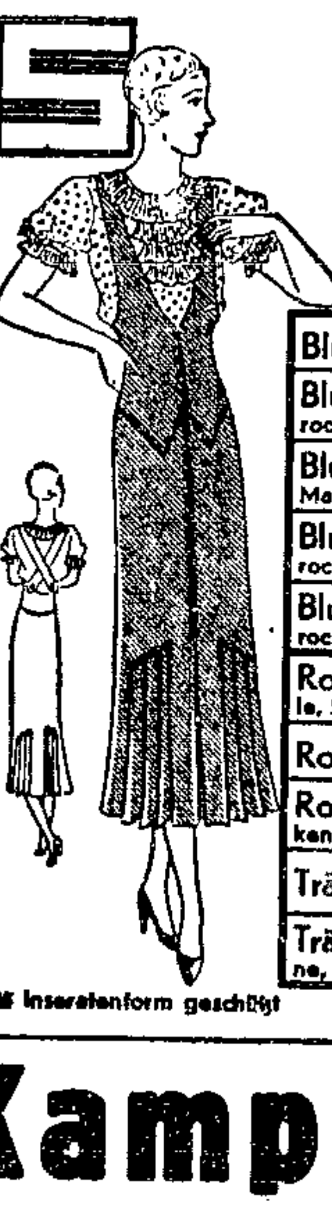
Schlankheit
erzielen Sie über Nacht durch äußerl. Einreiben ohne Hungerkur.
Auskunft kostenlos!
Sanitas - Depot, Halle (Saale) 95 L

Werbt für die „SAZ"

KINO FÜR JEDERMANN
Potsdamer Str. 4, im Voxhaus / am Potsdamer Platz B 1 Kurf. 2334.
ab Dienstag, den 3. Mai
Joan Crawford in
Irrwege des Lebens
ein Tonfilm in deutscher Sprache
Außerdem:
Das große tönende Beiprogramm
Ufa-Tonwochenschau
Tägl. ab 9 Uhr vorm.
Sonntag. ab 3 U. nachm. bis 1 U. nachts
Einzig. Tag- u. Nachtkino Berlins

Lest den Klassenkampf

KAUFHAUS SCHOCKEN



Blusen und Röcke

Bluse „Hanna", Trikot-Charmeuse, Viertel-Ärmel	2.95
Bluse „Hilde", Kunstseiden-Maroc, ½ Ärmel, Vorderteil, Säumchen	4.85
Bluse „Marianne", Kunstseiden-Maroc bedruckt, ½ Ärmel, Tupfen	6.85
Bluse „Martha", Kunstseiden-Maroc, Puffärmel, Spitzengarnierung	7.85
Bluse „Rosel", Kunstseiden-Maroc, bedruckt, wie Abbildung	9.75
Rock „Irma", Popeline reine Wolle, Seitenfalte, Knopf-Garnierung	3.85
Rock „Elise", Popeline reine Wolle, unten Faltenvolant	4.85
Rock „Dora", Afghalaine, Glockenform, marine, schwarz, braun	7.85
Trägerrock „Gerda", Popeline reine Wolle	7.85
Trägerrock „Ilse", Ripspopeline, Westenform, wie Abbildung	9.75

Inseratenform geschützt

Kampfsignal morgen neu!